

Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Hauptschriftleitung: E. Dittmer
 Berlin SO 36, Schlesische Str. 42
 Fernsprecher: Amt F 8 Oberbaum 9491

Berlin, den 25. Oktober 1930

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Bezugspreis:
 Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

Demokratie oder Faschismus?



Die Gewerkschaften haben als einzige verantwortungsbewusste Vertreter im Reichstage die Sozialdemokratie. Das hat sich bei den Verhandlungen der letzten Woche ganz besonders gezeigt. Es verbleibt die Aufgabe aller unserer Funktionäre, für weitestgehende Aufklärung zu sorgen, damit kein Zweifel mehr in unsern Reihen bestehen kann, daß sowohl der Weg des Faschismus, wie des Kommunismus für die deutsche Arbeiterschaft in die Irre führt. Vielleicht hat es für manchen dieses Beweises nicht mehr bedurft. Andererseits sind die Reichstagsverhandlungen dieser Woche in ihrem ganzen Ausmaß doch so außerordentlich lehrreich und aufklärend, daß auch der politisch nur vom Gefühl Getragene leicht erkennen kann, in welches noch größere Elend der Weg führen würde, wenn wir keine verantwortungsbewusste Sozialdemokratie hätten. Gewiß, die Entscheidung war für die Sozialdemokratie insofern nicht leicht, als sie grundsätzlich gegen den Artikel 48 und damit gegen die Notverordnungen eingestellt ist. Hinzu kommt auch das Gefühl bei manchen Genossen, daß man sagte, das deutsche Volk hat sich eine solche Suppe eingebrockt mit der Wahl von 107 Nationalsozialisten, daß sie nun auch ausgelöffelt werden muß. Aber die Gewerkschaften haben von jeher den Standpunkt eingenommen, daß alles daran gewandt werden muß, um Unheil von der deutschen Arbeiterklasse abzuwenden. Aus diesem Grunde mußte die Entscheidung so fallen, daß die Annahme sowohl des Schuldentilgungsgesetzes als auch des Ueberbrückungskredits ermöglicht wurde. Wäre das nicht geschehen und hätte sie ebenso verantwortungslos gehandelt wie die Nationalsozialisten und die Kommunisten, so wäre weder die Weiterzahlung der Unterstützung an die Arbeitslosen möglich gewesen, noch hätte man die fälligen Beamtengehälter auszahlen können. Das kann keiner unserer politischen Gegner bestritten. Das mußte auch entscheidend für die Abstimmung sein. Mit dem Uebergang zur Tagesordnung ist auch keineswegs dem Ministerium Brüning ein Vertrauensvotum gegeben worden. Aber es war notwendig, das wirtschaftliche und politische Chaos zu verhindern.

Daß dies geschehen, bleibt Verdienst der deutschen Sozialdemokratie, unbeschadet allen Geschreies von links und rechts.

Noch wenige Tage vor der Abstimmung hatten Wirtschaftspartei und Deutsche Volkspartei erklärt, daß sie in keinem Falle mit der Sozialdemokratie zusammengehen wollen und bereit sind, mit den Nationalsozialisten gemeinsam in die Regierung zu gehen. Dazu ist es bis jetzt nicht gekommen. Wir hoffen zuversichtlich, daß es auch im Dezember bei Wiederbeginn des Reichstages nicht dazu kommen wird. Denn inzwischen haben sich die Nationalsozialisten im Parlament selbst entlarvt. Wohl haben Straßer wie Pieck mit allen Theaterr Mitteln versucht, die Arbeiterschaft irre zu führen. Aber es hieße nach dieser Reichstagswoche an dem gesunden Sinn der Menschheit überhaupt zweifeln, wenn man glauben wollte, daß in Deutschland von links oder rechts Diktatur ausgeübt werden kann und darf.

Wir möchten noch einmal in aller Deutlichkeit und mit vollem Bewußtsein betonen, daß die deutschen Gewerkschaften unter allen Umständen dem demokratischen Prinzip zum Siege ver-

helfen, und daß auch die letzten Mittel angewandt werden, wenn der Faschismus oder Kommunismus Diktaturversuche machen.

Solange freilich nur Fensterscheiben eingeschlagen werden, ist es unseres Erachtens eine Angelegenheit der Polizei und des Bürgertums, sich dagegen zur Wehr zu setzen. Freilich, dieses deutsche Bürgertum versagt politisch und parlamentarisch auf der ganzen Linie. Wenn jetzt der bekannte Dichter Thomas Mann die geistigen Kräfte der Nation auffordert, sich an die Seite der Sozialdemokratie zu stellen, um der Demokratie zum Siege zu verhelfen, so wird er leider nicht allzuviel Nachfolge erhalten. Denn der Interessentenhaufen der Wirtschaftspartei, wie die Unternehmergruppe der Deutschen Volkspartei weisen in Deutschland ein Ausmaß von Kurzsichtigkeit auf, das seinesgleichen sucht. Wenn nun die Deutschnationalen aus Gründen der Außenpolitik trotz all der Millionen, die ihnen die Regierung Brüning mit der Agrarhilfe in den Schoß warf, gleichfalls weiter heftige Opposition gegen die Regierung machen, so kann uns das nur recht sein.

Wir möchten uns für heute darauf beschränken, allen unseren Kollegen dringend anzuraten, die Verhandlungen dieser Reichstagswoche recht aufmerksam zu lesen. Sie können sich dann selbst daraus den Ders machen. Sie werden erkennen, die Nationalsozialisten sind eine Konjunkturpartei, die sich sehr bald abwirtschaften muß und die man mit Zug und Recht als vorübergehende Erscheinung bezeichnen kann, je mehr sie gezwungen ist, im Reichstag ihr „Programm“ aufzudecken. Die Kommunisten können mit ihrem wilden Agitationsgeschrei, mit ihren Verleumdungen und Beschimpfungen wohl noch eine Weile Mitläufer haben. Wer aber als denkender Arbeiter jetzt die ungeheure Gefahr des Faschismus für Deutschland erkennt, der weiß nun, daß die Kommunisten (wenn auch ungewollt) die Schrittmacher des Faschismus sind. Auch das hat die letzte Reichstagswoche klar in Erscheinung treten lassen.

Die deutschen Reichstagswahlen und das Auftreten der Faschisten mit ihrer Fensterscheibenpolitik hat dem deutschen Volke nach sicheren Schätzungen mindestens 1 Milliarde Mark gekostet und die Arbeitslosenzahl um mehr als hunderttausend vermehrt. Durch die hemmungslosen Agitationsmethoden der Faschisten und Kommunisten und ihre volksverheerende Presse sind 10 Milliarden deutsches Kapital abgewandert, wie von bürgerlicher Seite festgestellt worden ist. Auch die Außenpolitik hat sich unerfreulich verschlechtert. Insbesondere hat Frankreich einen großen Teil seiner deutschen Kapitalanlagen zurückgezogen und der französische Nationalismus nährt sich von den Erträgen unserer Nazis.

Trotzdem ist keine Ursache zum Verzagen. Die erste Schlacht ist zugunsten der Demokratie entschieden. Wir glauben, daß der Gesundungsprozeß allmählich einsetzt und daß trotz aller politischen und wirtschaftlichen Not und Sorgen die klare Zielinie der deutschen Gewerkschaften sich auch in der Politik durchsetzen wird. Sie heißt: Arbeiten, um zu einem Volksstaat zu gelangen, in dem es weder Arbeitslose noch Klassen gibt. Aber auch den Maulhelden unserer Zeit wird es in einer solch demokratischen Gesellschaft unmöglich sein, Anhänger um sich zu scharen. Sorge nun jeder für Aufklärung in seinen Reihen, damit wir den neuen Stürmen gewachsen sind. E. D.

Herunter mit der Arbeitszeit

Der kühne Vorstoß des Bundesausschusses des ADGB. auf die 40-Stunden-Woche hat ein stärkeres zustimmendes Echo für eine Arbeitszeitverkürzung gefunden, als man erst annehmen konnte. Nicht nur, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion diesen Beschluß aufgegriffen und als Antrag im neuen Reichstage eingebracht hat, wird die Frage der Herabsetzung der Arbeitszeit auch in bürgerlichen Blättern vielfach wohlwollend diskutiert. Ebenso ist das „Institut für Konjunkturforschung“ der Frage nachgegangen und hat untersucht, wie sich die Arbeitszeitverkürzung volkswirtschaftlich auswirkt. Im Handelsteil des „Berliner Tageblatts“ lesen wir darüber folgendes:

In dieser Untersuchung geht das Institut davon aus, daß nur bei den Industriearbeitern die betriebstechnischen Möglichkeiten für eine Streckung der Arbeit gegeben sind. Schätzungsweise sind noch 8,2 Millionen Industriearbeiter in Beschäftigung, wovon 1,8 Millionen Arbeiter bereits mit verkürzter Arbeitszeit arbeiten. Allerdings ist bei einem Teil dieser Kurzarbeiter die Kürzungsdauer so gering, daß auch ein nicht unerheblicher Prozentsatz von diesen von einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung betroffen würde. Auf Grund einer überschläglichen Schätzung nimmt das Institut an, daß von den 6,4 Millionen Vollbeschäftigten in der Industrie infolge tariflicher Regelungen nur knapp 6 Millionen gegenwärtig 48 Stunden und mehr arbeiten. Von den Arbeitern, die gegenwärtig mehr als 44 Stunden in der Woche arbeiten, werden rund 350 Millionen Arbeitsstunden in der Woche geleistet. Bei einer allgemeinen Herabsetzung der Arbeitszeit auf 44 Stunden würden statt der tatsächlich beschäftigten 6,8 Millionen Arbeiter nunmehr 7,5 Millionen Arbeiter erforderlich sein, um das gleiche Arbeitsquantum zu verrichten. Es ergebe sich also rein rechnerisch eine mögliche Mehrbeschäftigung für etwa 0,7 Millionen Arbeiter.

Bei einer Reduktion der Arbeitszeit auf 40 Stunden könnten eineinhalb Millionen Arbeitskräfte mehr beschäftigt werden. Allerdings ist es eine andere Frage, in welchem Maße diese Rechnung in die Praxis umgesetzt werden kann. Eine solche Arbeitszeitverkürzung würde einen tiefen Eingriff in die Produktionsbedingungen der Wirtschaft bedeuten, und von so großen Schwierigkeiten begleitet sein, daß sich eine Mehrbeschäftigung in dem oben berechneten Umfange niemals würde durchsetzen können.

Die Hemmungen, die sich bei der praktischen Durchführung ergeben würden, faßt das Institut folgendermaßen zusammen:

1. **Regionale Ausgleichshemmungen.** Das Verhältnis zwischen Arbeitslosigkeit und Beschäftigung ist in den einzelnen Gebieten des Reichs außerordentlich verschieden. In Gebieten mit verhältnismäßig geringer Arbeitslosigkeit besteht die Möglichkeit, daß für eine etwa vorgenommene Reduktion der Arbeitszeit die erforderlichen Arbeitskräfte nicht vorhanden sind oder aus anderen Gebieten herangezogen werden müßten. In diesen Fällen wäre eine Umsiedlung notwendig, um bisher Arbeitslose in den Produktionsprozeß einzubeziehen. Da dies aber erhebliche Kosten verursachen würde, käme es nach Lage der Dinge nicht in Betracht. Wie groß die von den oben errechneten Optimalzahlen von 1½ oder 0,7 Millionen zu machenden Abstriche wären, könnte nur auf Grund eingehender regionaler Untersuchungen ermittelt werden. Die Unterlagen hierfür stehen im Augenblick nicht zur Verfügung.

2. **Branchenmäßige Ausgleichshemmungen.** Das gleiche, was für die verschiedenen Gebiete gilt, dürfte innerhalb der Gebiete auch für die einzelnen Branchen zutreffen. Die obige Berechnung sieht nicht nur von den örtlichen Unterschieden ab; sie berücksichtigt auch nicht, daß sich der Ausgleich zwischen Arbeitslosen und Beschäftigten, jedenfalls soweit Facharbeiter in Frage kommen, im allgemeinen nur innerhalb der einzelnen Branche vollziehen kann. Eine gut beschäftigte Branche wäre z. B. nicht in der Lage, die Arbeitszeit ihrer Facharbeiter zu verkürzen, um ungerne Arbeiter oder Facharbeiter anderer Branchen einzustellen. Auch hier läßt sich nicht abschätzen, wie groß die Verluste sind, die daraus einer Mehrbeschäftigung durch Arbeitszeitverkürzung erwachsen würden.

3. **Bereits bestehende Kurzarbeit.** In der oben aufgestellten Berechnung ist ferner nicht berücksichtigt worden, daß bereits gegenwärtig für eine nicht unbeträchtliche Zahl von Arbeitern die Arbeitszeit weniger als 44 oder 40 Stunden in der Woche beträgt (nämlich für rund 1,4 bzw. 1,1 Millionen). Es wurde vielmehr angenommen, daß diese Arbeiter auch weiterhin mit der gleichen Verkürzung wie bisher arbeiten. Wenn dies aus Gründen der Billigkeit verlangt würde, so müßte für diese Arbeiter die Arbeitszeit auf 44 oder 40 Stunden erhöht

werden. Das würde die Zahl der zusätzlich zu Beschäftigten weiterhin vermindern.

Die wirtschaftlich mögliche Derringerung der Arbeitslosigkeit durch Arbeitsstreckung dürfte mithin um einen, im Augenblick zwar nicht abschätzbaren, sicher aber recht erheblichen Betrag geringer sein als 1½ Millionen bei einer Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden oder 0,7 Millionen bei einer Verkürzung der Arbeitszeit auf 44 Stunden in der Woche.

Betriebliche Folgen. Bei den bisherigen Erwägungen blieben die betrieblichen Folgen, die eine Herabsetzung einer Arbeitszeit nach sich zieht, unberücksichtigt. Diese dürften, soweit darüber eine generelle Entscheidung getroffen werden kann, unzweifelhaft in der Richtung sich erhöhender Produktionskosten liegen. Zwar mögen die Erwägungen, die zu diesem Schluß führen, gegenüber der Dringlichkeit aller Maßnahmen, die die Arbeitslosigkeit vermindern können, in den Hintergrund treten; sie dürfen aber der Vollständigkeit halber nicht unerwähnt bleiben.

Das Verhältnis zwischen „gearbeiteter“ Arbeitszeit und „Arbeitsanlauf“ wird um so ungünstiger, je kürzer die Arbeitszeit ist. Das gilt vor allem für den — wohl häufigsten — Fall, daß die Arbeitszeit vom Zeitpunkt des Erscheinens bzw. des Verlassens der Fabrik gerechnet wird. Dort, wo als Arbeitszeit nur die am Arbeitsplatz verbrachte Zeit gerechnet wird, wird sich kaum eine Änderung bemerkbar machen. Bei Akkordarbeit könnte möglicherweise sogar eine Leistungssteigerung als Folge verkürzter Arbeitszeit eintreten, die zur Folge hätte, daß der Mehrbedarf an Arbeitskräften nicht entsprechend der Verkürzung der Arbeitszeit wachsen würde.

Eine sehr wichtige und für die Urteilsbildung über die Einführung einer Arbeitsstreckung entscheidende Frage sind die Rückwirkungen auf Einkommen und Verbrauch. Hier kommt das Institut zu folgendem Ergebnis:

„Eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 44 Stunden in der Woche würde bei gleichen Stundenlohnsätzen das Einkommen von etwa 6,8 Millionen Arbeitern um durchschnittlich 6 bis 7 Proz. vermindern. Würde die Arbeitszeit auf 40 Stunden reduziert, so würden unter der gleichen Voraussetzung rund 7,1 Millionen Arbeiter mit einer durchschnittlichen Verminderung des Einkommens um 15 bis 20 Proz. zu rechnen haben. Auf der anderen Seite würde dadurch das Einkommen der zusätzlich zu beschäftigten Arbeiter (0,7 oder 1,5 Millionen) zum größten Teil von der Höhe der Unterstüßungsbeträge der Arbeitslosenversicherung und Krisenunterstützung (bzw. der Wohlfahrtspflege) auf die Höhe des Verdienstes bei 44- oder 40stündiger Arbeitszeit steigen. Ebenso wie sich durch eine generelle Arbeitszeitverkürzung die Gesamtzahl der geleisteten Arbeitsstunden — bei einer rein rechnerischen Betrachtung — nicht ändern würde, würde auch die gesamte Lohnsumme annähernd gleich bleiben. Es würden aber durch die andersartige Verteilung des industriellen Lohneinkommens Wandlungen in der von diesem Einkommen ausgehenden Nachfrage vor sich gehen, die unter Umständen zunächst für den Einzelhandel, letztlich aber auch für die Verbrauchsgüterindustrie von Bedeutung sein können. Wir sehen hierbei von den indirekten Wirkungen ganz ab, die möglicherweise durch die Rückwirkungen u. a. auf Preise und Steuern entstehen.“

Die Einkommensminderung bei den Industriearbeitern, deren Arbeitszeit verkürzt würde, hätte zur Folge, daß der Verbrauch dieser Bevölkerungsgruppe zurückginge. Nun wird bei sinkendem Einkommen in erster Linie die Sparsumme und der sogenannte elastische Bedarf eingeschränkt, d. h. der Bedarf, der über die Deckung der lebensnotwendigen Bedürfnisse (Nahrungsmittel) und der Ausgaben für Wohnung hinausgeht.

Auf der anderen Seite würde der Einkommenszuwachs bei den bisher arbeitslosen Industriearbeitern eine wesentliche Erhöhung ihrer Lebenshaltung bedeuten. Dies würde sich aller Voraussicht nach zunächst in steigendem Verbrauch an Nahrungsmitteln, vor allem hochwertigeren Nahrungsmitteln, äußern. Außerdem würde natürlich auch der Verbrauch dieser Personengruppe an Gütern des elastischen Bedarfs zunehmen. Sicher ist aber, daß diese Steigerung bei den bisher arbeitslosen Industriearbeitern den Ausfall bei den Arbeitern, deren Einkommen nun verkürzt ist, nicht ausgleichen würde.

Um welche Summen es sich dabei im einzelnen handeln mag, ist — auch schätzungsweise — kaum anzugeben. Man wird aber den Kaufkraftausfall für Güter des elastischen Bedarfs, der sich durch diese andersartige Verteilung der Lohneinkommen ergibt, vielleicht nicht allzu hoch veranschlagen dürfen; er könnte vor allem in seiner Wirkung auf die Umlaufmengen durch eine Preis senkung noch etwas ausgeglichen werden. Sicherlich ist aber ein Verlust an Spargeldern zu buchen, der auf dem Weg über die Sparkassen unter Umständen Teile des Kapitalmarktes zu

beeinflussen vermag. Vielleicht würde auch der erhöhte Verbrauch an Nahrungs- und Genußmitteln zu einer Steigerung der Einfuhr führen. Endlich wird man noch zu berücksichtigen haben, daß, wenn die Zahl der Beschäftigten infolge der Arbeitszeitverkürzung zunimmt, auch die Unkosten der Arbeit für die Arbeiterschaft (z. B. Fahrten zur Arbeitsstätte (absolut und im Verhältnis zum Einkommen steigen müssen.“

Man braucht nicht mit allem einverstanden zu sein, was hier gesagt wird. Insbesondere wird man fordern müssen, daß mit der Arbeitszeitverkürzung eine Steigerung des Stundenlohnes um mindestens soviel erfolgt, daß der oben befürchtete Kaufkraftausfall ausgeglichen wird, weil verminderter Konsum eine Verminderung der Produktion und damit erneute Steigerung der Arbeitslosigkeit nach sich zieht. Es braucht ja auch nicht gerade immer Henry Ford, der größte Kapitalist der Welt, den deutschen Unternehmern mit

gutem Beispiel voranzugehen. Ford hat jetzt in seinen deutschen Betrieben die Stundenlöhne von 2,40 auf 2,50 Mk. erhöht. Im übrigen sollte man wirklich die Schwierigkeiten einer wirtschaftlichen und betrieblichen Umstellung der Industrie infolge stärkerer Arbeitszeitverkürzung nicht so sehr fürchten. Die deutsche Industrie hat zweimal unter viel schwierigeren Verhältnissen und in ganz kurzer Zeit das Problem gelöst, als sie sich bei Kriegsbeginn von der Friedens- auf die Kriegswirtschaft und bei Kriegsende von der Kriegswirtschaft wieder auf die Friedenswirtschaft umstellen mußte. Nachdem inzwischen die Industrie noch eine weitgehende Rationalisierung durchgeführt hat, wodurch der Lohnanteil an den Produktionskosten nur noch 7 bis 20 Proz. beträgt, ist die von den Gewerkschaften verlangte Arbeitszeitverkürzung durchaus tragbar. Die Arbeitnehmer werden sich deshalb mit aller Energie für die 40-Stunden-Woche einsetzen müssen.

Die Gewerkschaften zur Wirtschafts- und Finanzkrise

I.

Der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes trat am 12. Oktober im Reichswirtschaftsrat zu seiner neunten Tagung zusammen. Der einzige Gegenstand der Tagesordnung war die Stellungnahme zu der Wirtschafts- und Finanzkrise. Theodor Leipart führte dazu aus:

„Wir befinden uns in Deutschland und fast in der ganzen Welt in einer Wirtschaftskrise, wie sie in solchem Ausmaß wohl noch niemals dagewesen ist. Leider haben wir keinen Anhaltspunkt dafür, ob die Krise nun bereits an ihrem Tiefpunkt angekommen ist. Wir müssen mit weiteren Verschlechterungen vorsichtshalber rechnen. Aber selbst wenn die Konjunktur ihren tiefsten Stand erreicht haben sollte, wird die Arbeitslosigkeit in den nächsten Monaten wegen des Eintritts des Winters noch weiter ansteigen. In früheren Jahren konnte die öffentliche Hand durch Bereitstellung von Notstandsarbeiten einen Teil der Arbeitslosen auffangen, aber gerade jetzt, wo die Not der Wirtschaft am größten ist, ist mit einem Arbeitsbeschaffungsprogramm kaum zu rechnen. Infolge einer verfehlten Finanzwirtschaft sind nämlich die öffentlichen Kassen nicht nur leer, sondern müssen sich mühselig durch Aufnahme kurzfristiger Kredite von Tag zu Tag durchhelfen. Ob wir zurzeit Auslandsanleihen zum Zwecke der Arbeitsfinanzierung erhalten können, erscheint also zweifelhaft. Der laufende Reichshaushalt hat ein Defizit von rund 1 Milliarde Mark. Die Ersparnismaßnahmen des neuen Regierungsprogramms, wie z. B. die Gehaltskürzungen, sollen erst zu Beginn des neuen Etatsjahres, also zum 1. April 1931, wirksam werden. Auf Grund dieser späteren Ersparnismaßnahmen hofft die Regierung für das laufende Jahr einen „Ueberbrückungskredit“ zu erhalten, der dann freilich die Aufnahme weiterer Anleihen aufs äußerste erschweren würde.“

In einem Augenblick, wo der Druck auf die Löhne so stark ist, erhält die Frage der Preishöhe eine besondere Bedeutung. Die Unternehmer glauben eine Preissenkung nur nach vorheriger Lohnsenkung und im Ausmaße dieser Lohnsenkung durchzuführen zu können. Es ist ihnen gelungen, weite Kreise der Öffentlichkeit von der Richtigkeit dieser Argumentation zu überzeugen. Denn im allgemeinen weiß eben der Außenstehende nicht, daß die Löhne einen verhältnismäßig geringen Anteil an den Herstellungskosten haben. So betragen nach einer Aufstellung des Instituts für Konjunkturforschung die Löhne in den Hochofenbetrieben nur 7 Proz. des Produktionswertes, in der chemischen Industrie, in der Lederindustrie, in der Steinkohlenskokerei nur 10 Proz., in der Textilindustrie noch nicht 20 Proz., in der Automobilindustrie rund 20 Proz. Eine Reduktion der Löhne würde hier also das Preisniveau nur ganz geringfügig verändern können. Viel bedeutender für die Änderungen der Warenpreise sind die Änderungen in den Preisen für Rohstoffe. Innerhalb des letzten Jahres ist eine Reihe wichtiger Weltrohstoffe, wie Kupfer, Blei, Zinn, Zinn, Wolle, Baumwolle, Flachs, Rohseide, Rindhäute, Schrott und Kautschuk um 25 bis 40 Proz. gesunken. Wir merken aber noch nicht, daß die Fertigwarenpreise dementsprechend billiger geworden sind. Wir merken ebensowenig, daß die im Inlande hergestellten Rohstoffe, insbesondere Kohle und Eisen, in dem Maße nachgegeben haben, wie es der jetzigen Wirtschaftskrise entspräche. Die Differenz zwischen den Inlands- und Auslandspreisen wichtiger Produkte wird von Woche zu Woche größer und unerträglich. Die Regierung hat zwar durch die Verschärfung der Ver-

ordnung über die Kartelle einen zaghaften Ansatz gemacht, von sich aus in diese Preisgestaltung einzugreifen, aber mächtige Kräfte sind ihr sofort in den Arm gefallen. Wir müssen fordern, daß die Kartellkontrolle unverzüglich schärfer gehandhabt wird, und daß zum Mittel der Zollsenkung für diejenigen Produkte, deren Preise zu stark unter dem Einfluß der Syndikatsbildung stehen, gegriffen wird.

Die Unternehmer, die über die Höhe der Löhne klagen, beachten auch nicht, daß zwar der Lohn des einzelnen ein wenig erhöht sein mag, daß aber infolge der Rationalisierung in der Regel die ausbezahlte Lohnsumme ganz beträchtlich gesunken ist. Sie kümmern sich auch nicht um die Kaufkraft der Löhne. Um so mehr ist es unsere Aufgabe, auf eine Senkung der Lebenshaltungskosten hinzuwirken.

Der Plan der Regierung enthält keinen Vorschlag zur stärkeren Ankerbelung des Wohnungsbauwesens, obwohl das im Hinblick auf die Arbeitsmarktlage und die schlechten Wohnverhältnisse der breiten Massen der Bevölkerung die Voraussetzung hätte sein müssen. Die Regierung beabsichtigt, den entgegengegesetzten Weg zu gehen. Statt der bisherigen Verwendung von 800 Millionen Mark aus dem Aufkommen der Hauszinssteuer für den Wohnungsbau will sie künftig diesem Zwecke nur noch 400 Millionen zuführen. Die verbleibenden 400 Millionen sollen der Senkung der Realsteuern dienen. Es ist aber anzunehmen, daß es zu keiner Steuerenkung kommt. Vielmehr dürften diese 400 Millionen Mark zur Stopfung des Defizits im Reichshaushalt verwendet werden. — Die Kürzung der öffentlichen Gelder für den Wohnungsbau nötigt zu einer starken Einschränkung der Wohnungsbautätigkeit. Nach dem Plane der Regierung sollen von 1931 ab jährlich nur noch 165 000 Wohnungen mit Hilfe von Hauszinssteuerhypotheken gebaut und weitere 50 000 Wohnungen ohne jegliche Zuschüsse vom freien Kapitalmarkt aus finanziert werden. Es sollen also insgesamt in den kommenden Jahren im günstigsten Falle nur noch 215 000 Wohnungen gebaut werden. Berücksichtigt man, daß im Jahre 1929 rund 330 000 Wohnungen erstellt wurden, dann ist für die kommenden Jahre nur noch mit einer Wohnungsbautätigkeit von höchstens zwei Drittel des bisherigen Umfangs zu rechnen. Das muß katastrophale Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt nach sich ziehen. — Ab 1. April 1936 soll die Verwendung öffentlicher Mittel für den Wohnungsbau gänzlich in Wegfall kommen. Damit gibt die Regierung den Wohnungsbau völlig der privaten Bauwirtschaft preis, obwohl die Verhältnisse der Vorkriegszeit bewiesen haben, daß die Privatwirtschaft ihre Aufgabe in bezug auf den Kleinwohnungsbau nicht lösen konnte. In Preußen allein würden, wenn die vom Mieter gezahlten Hauszinssteuerbeträge in vollem Umfange vom Hausbesitzer an die Steuerkassen abgeführt würden, rund 300 Millionen Mark mehr einkommen.

Nach dem Regierungsplan soll auch der Mieterschutz in den nächsten Jahren weiter gelockert werden und am 1. April 1936 ganz in Wegfall kommen. Auch hier hat die Regierung den Forderungen der Hausbesitzer glatt nachgegeben. Die Gewerkschaften haben sich in den letzten Jahren wiederholt für die Beibehaltung des Mieterschutzes ausgesprochen. Die sogenannte freie Wirtschaft im Wohnungswesen, wie sie jetzt wieder hergestellt werden soll, würde nichts anderes bedeuten als eine Diktatur der

organisierten Hausbesitzer gegenüber der Mieterschaft, die rund 90 Proz. der deutschen Bevölkerung ausmacht.

Von jeher sind die Gewerkschaften für eine Verkürzung der Arbeitszeit eingetreten. Hatten wir früher den Achtstundentag deshalb gefordert, weil wir dem Arbeiter ein menschenwürdiges Dasein verschaffen wollten, weil wir ihm einige Stunden zur freien Betätigung seiner körperlichen und geistigen Kräfte gewährleisten wollten, so haben wir die 44-Stunden-Woche in Stockholm auf dem Internationalen Gewerkschaftskongress aus wirtschaftlichen Gründen gefordert. Die Rationalisierung hat der Wirtschaft ungeheure Ersparnisse an Arbeitskraft gebracht, Ersparnisse, die sich auf der anderen Seite in einer Ueberfüllung des Arbeitsmarktes bemerkbar machten. Der Produktionsapparat ist in gewaltigem Ausmaß vergrößert und die Absatzmöglichkeiten sind nicht entfernt so stark gewachsen, weil die Kaufkraft der breiten Massen hinter der Vermehrung der Produktion zurückbleibt. Es kann nicht damit gerechnet werden, daß in der nächsten Zeit der Produktionsapparat voll ausgenutzt und damit die Arbeiterchaft voll beschäftigt wird. Selbst in Amerika, dessen wirtschaftliche Lage unvergleichlich besser ist als die unsrige, gewinnt seit dem Beginn der dortigen Depression das Schlagwort der „Fünftagewoche“ mit dem „Fünftundentag“ an Boden. — Wir haben rund 3 Millionen Arbeitslose, und wir wissen nicht, wie groß die Zahl derer sein wird, die in den nächsten Monaten noch arbeitslos werden. Heute weiß selbst der Arbeiter im Betrieb nicht, ob er morgen noch Beschäftigung findet. Auch für ihn hat daher die Frage einer Arbeitszeitverkürzung Bedeutung. Eine solche Verkürzung bedeutet eine Art Selbstversicherung der Arbeiterchaft gegen weitere Entlassungen und darüber hinaus einen Akt der Solidarität gegenüber den Arbeitslosen, denen dadurch die Möglichkeit geboten wird, früher in den Produktionsprozeß wieder eingereiht zu werden, als sie es nach der bisherigen normalen Arbeitsdauer erwarten könnten. Wir fordern infolgedessen eine

gesetzliche 40stündige Arbeitszeit

so lange, bis der Arbeitsmarkt entlastet ist, unter gleichzeitiger Einführung eines allgemeinen Zwanges zur Einstellung neuer Arbeitskräfte im Ausmaße der Arbeitszeitverkürzung, zur Meldung offener Stellen und Benutzung der öffentlichen Arbeitsvermittlung. Zum Lohnausgleich sind für den Uebergang die freizuwendenden Unterstützungsmittel mit heranzuziehen.

Wir kommen bei achtstündiger Verkürzung der Arbeitszeit pro Woche und unter der Voraussetzung gleichbleibender Konjunktur zu der sehr vorsichtig geschätzten Zahl von $\frac{1}{2}$ bis $\frac{1}{3}$ Million Arbeitsloser, also 10, 15 oder vielleicht auch 20 Proz. der augenblicklichen Arbeitslosenzahl, die für eine Wiedereinstellung in Betracht kommt.

Es ist der Einwand erhoben worden, daß die Verkürzung der Arbeitszeit durch Intensivierung der Arbeit, also durch verstärktes Arbeitstempo der Arbeiter im Betrieb, wettgemacht würde. Demgegenüber darf auf die bisher geübte Selbstdisziplin der Arbeiter verwiesen werden und darauf, daß eine starke Arbeitszeitverkürzung durch schnelleres Arbeitstempo doch nicht vollständig ausgeglichen werden kann.

Gegen die Ueberarbeit haben wir bisher wenig genug erreicht. Vor einigen Wochen hat die „Gewerkschaftszeitung“ eine Auffassung des Gesamt-Verbandes über die Arbeitszeit in den Fachgruppen „Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke, Gesundheitswesen, Gärtnereien usw.“ gebracht, und mit schmerzlichem Bedauern haben wir festgestellt, daß die tatsächliche Arbeitszeit auch jetzt noch teilweise recht erheblich über der normalen Arbeitszeit liegt. Die letzte Nummer der „Gewerkschaftszeitung“ brachte einen ähnlichen Bericht aus den Eisenbahnwerkstätten. Nicht anders liegt es zweifellos bei vielen anderen Verbänden, wie ja auch frühere Erhebungen des ADGB. ergeben haben. Es ist uns aus eigener Kraft bisher nicht gelungen, diese ungesunden Zustände zu beseitigen. Deshalb fordern wir jetzt die gesetzliche Beschränkung der Ueberstunden auf die dringlichsten Ausnahmefälle und weiter, daß für jede Ueberstunde ein Sonderbeitrag in Höhe des Stundenlohnes zur Unterstützung der Arbeitslosen vom Unternehmer gezahlt werden soll.

Zur Entlastung des Arbeitsmarktes ist weiterhin erforderlich die Anrechnung des Arbeitsentgeltes auf alle Pensionen und Wartegelder, soweit ihre Empfänger in beruflicher Arbeit stehen. Die große Mehrzahl der auf etwa 750 000 zu berechnenden Zahl der Ruhegehalt- und Wartegeldempfänger kann von den Pensionen usw. gut leben, ohne daneben noch beruflich tätig sein zu müssen und anderen, die nur auf

ihren Arbeitsverdienst angewiesen sind, den Arbeitsplatz wegzunehmen. Wir verlangen deshalb, daß diese hunderttausende Pensionsempfänger ihre Arbeitsplätze räumen, wozu sie sich von selbst entschließen werden, wenn ihnen der Arbeitsverdienst auf ihre Bezüge angerechnet wird.

Eines der dringlichsten Probleme ist die Neuregelung der Versorgung der immer zahlreicher werdenden langfristig Erwerbslosen, die keine Ansprüche mehr an die Arbeitslosenversicherung haben. Die Krisenunterstützung wird ihrer Aufgabe heute nur noch in geringem Umfange gerecht. Neben 472 000 Krisenunterstützten zählen die Gemeinden zurzeit etwa 550 000 unterstützte Wohlfahrtserwerbslose. Ohne beträchtliche Ausdehnung der Krisenunterstützung muß sich das Verhältnis immer mehr zuungunsten der Gemeinden verschieben. Dieser Belastung sind jedoch die Gemeinden auf die Dauer nicht gewachsen. Zahlreiche Gemeinden haben bereits ihr Unvermögen erklärt, während in anderen Gemeinden nur ganz geringfügige Unterstützungen (Familienväter erhalten 4 bis 5 Mark wöchentlich) gewährt werden. — Die Krisenunterstützung muß grundsätzlich auf alle Berufe und für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit ausgedehnt werden. Der neue Verordnungsentwurf des R.A.M. sieht zwar grundsätzlich die Einbeziehung aller Berufsgruppen mit Ausnahme der Landwirtschaft und der häuslichen Dienste und die Ausnahme der Arbeitslosen unter 21 Jahren vor. Diese letztere Einschränkung muß bei der großen Zahl der erwerbslosen Jugendlichen als sehr gefährlich erscheinen. Völlig unmöglich sind aber die vorgeschlagenen radikalen Kürzungen der Leistungen. Es sollen die Unterstützungssätze um mehrere Lohngruppen herabgesetzt werden und außerdem soll eine Bedürftigkeitsprüfung eingeführt werden, die selbst bei einer Armenfürsorge als drakonisch empfunden werden müßte. Jedes Lohnneinkommen in der Familie wird bis auf einen Betrag von 15 Mk. wöchentlich auf die Unterstützung voll angerechnet. So würde z. B. künftig, wenn in einem gemeinsamen Haushalt, in dem außer den Eltern ein erwachsener Sohn und fünf unverfögte Kinder leben, der arbeitslose Vater nur noch 1,45 Mk. Unterstützung wöchentlich erhalten, wenn der erwachsene Sohn ein Lohnneinkommen von 35 Mk. wöchentlich hätte.

Außerdem wird die Höchstdauer der Krisenunterstützung von 39 auf 32 Wochen herabgesetzt. Arbeitslose, die infolge nur vorübergehender Beschäftigung keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung erworben haben, und die bisher Krisenunterstützung erhalten konnten, wenn sie in den letzten 52 Wochen 13 Wochen gearbeitet hatten, sollen nun völlig aus der Krisenunterstützung ausscheiden. Die Belastung der ohnehin zusammenbrechenden Gemeinden wird dadurch in Zukunft noch erheblich größer sein. Der Bundesvorstand verlangt zur Sicherstellung der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge die Aufrechterhaltung der Darlehenspflicht des Reiches und die Einsetzung der notwendigen Summen in den Reichsetat.

Zu dem Vorhergesagten kommt noch ein anderes. Seit einiger Zeit machen Finanzfachverständige darauf aufmerksam, daß der Wert des Goldes, sei es infolge abnehmender Goldproduktion, sei es infolge größerer Nachfrage, im Steigen begriffen ist. Wenn diese Tendenz anhalten sollte, dann würde dies bedeuten, daß wir in den nächsten Jahren viel mehr an Reparationen bezahlen müßten, als nach dem Young-Plan vorgesehen ist. Denn um die nötigsten Devisen zu erhalten, müßten wir viel mehr Fertigwaren ausführen als bisher. Eine derartige Mehrzahlung ist aber unmöglich, da erstens die Weltkaufkraft in ständigem Sinken begriffen ist und damit unsere Absatzmöglichkeiten sich verringern, und daß zweitens die Tendenz aller Staaten, sich gegen ausländische Einfuhr abzusperren, im Steigen ist und damit eine weitere Erschwerung unseres Exportes erfolgen muß. Gerade die Vereinigten Staaten von Amerika, denen am Ende die Reparationszahlungen zufließen, haben sich neuerdings durch gewaltige Zollmauern gegen die Einfuhr ausländischer Waren abgeschlossen.

Die diesem Referat folgende Aussprache geben wir zusammengefaßt in der nächsten Nummer der „Gewerkschaft“ wieder.

Zum Schiedspruch für die Berliner Metallindustrie wurde folgende Entscheidung angenommen:

„In dem Schiedspruch für die Berliner Metallindustrie erkennt der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes die Absicht, die staatliche Schlichtung einseitig zugunsten der Arbeitgeber gegen die Arbeiterchaft einzusetzen. Mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband sind daher alle Gewerkschaften einig in der entschiedenen Beurteilung dieses Mißbrauchs der Staatsgewalt und erheben im voraus Protest dagegen, daß etwa durch Verbindlichkeitsklärung dieses Schiedspruches versucht wird, der Arbeiterchaft den Lohnabbau aufzuzwingen.“

Theater

Die Kunst dem Volke



Wenn wir in unserer heutigen Beilage von Kunst sprechen, denken wir ausschließlich an die Theater, an das Arbeitsgebiet einer großen Anzahl unserer Kolleginnen und Kollegen. Hinter all dem Glanz und Schimmer, der sich da abends auf „den Brettern, die die Welt bedeuten“, aufbaut, steht wie hinter allem in unserer Zeit ein zäher Kampf ums Dasein. Die Theater selbst kämpfen um ihre Existenz, und je größer die Not der Städte und der Staaten wird, desto näher kommt man dem Gedanken der Schließung dieser Kunststätten, desto mehr senkt sich das Gespenst der Arbeitslosigkeit auf die Arbeiter, Angestellten und Beamten der Theater herab. Weiß das Publikum die technische Arbeit und die Tätigkeit der Schauspieler vor, während und nach den Vorstellungen zu würdigen? Geht nicht manche Darstellerin, die auf der Bühne mit Glanz und Flitter umgeben ist, lächelnd irgendeine Rolle spielt, oft hungrig zu Bett? Und rechnet nicht der Theaterarbeiter manchmal schon während der Vorstellung, wie er mit den paar Pfennigen Lohn in der kommenden Woche Frau und Kinder ernähren und die Miete bezahlen kann? — Die Kunst geht nach Brot und wird für den Künstler zur bitteren Notwendigkeit. Ist das nur gespielt, was über die Bühne geht? In den meisten Fällen zeigt es doch die Wirklichkeit. Die Kunst, die Gegenwart zu glossieren, zu analysieren, wird ein Ringen um die Gestaltung der Zukunft. Den Ernst des Lebens plastisch zu gestalten, liegt nicht allen Theatern. Proletarische Kunst kann der satte Bürger nicht gebrauchen, er will sich amüsieren, will das Vergnügen. Wir aber als Proletarier müssen aus dem Zeitgeschehen lernen, aus dem Schaffen der proletarischen Dichterkraft schöpfen für die Zukunft. In diesem Sinne sind uns die Theater des Volkes, die Volkstheater, die vermittelnden Kräfte, und man kann ruhig sagen, daß die Mitglieder der Volkstheater tatsächlich noch diese Kunst zu würdigen wissen, daß sie wenig Geschmack finden an den Flachheiten, die vielfach in anderen Theatern geboten werden.

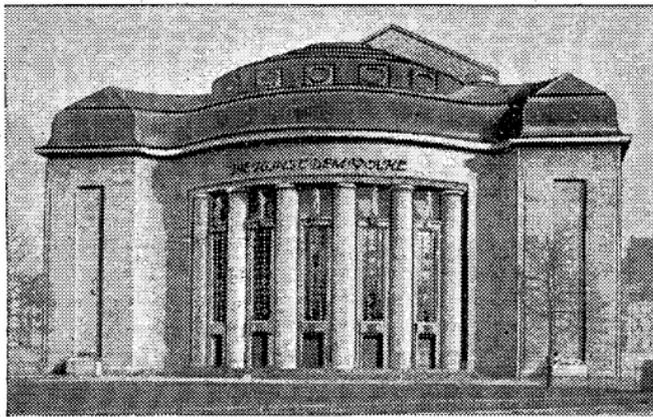
Die Volkstheaterbewegung ist auch eine Errungenschaft der Arbeiter, die im Theater dem Zeitgeschehen Ausdruck geben wollen. Nicht umsonst stand an der Wiege der Berliner Volkstheater vor 40 Jahren der Existenzkampf der schlesischen Weber. Das Theater der Arbeiter ist aus kleinen Anfängen zu einer mächtigen Organisation herangewachsen, die heute nicht nur ganz Deutschland umspannt, sondern bereits auch internationalen Charakter trägt. Es ist vielleicht gerade in unseren Tagen wichtig, auf die Bedingungen und die Gestalt eines solchen organischen Wachstums hinzuweisen.

Will man das Programm der jungen Volkstheaterbewegung zusammenfassen, so kann es nicht besser geschehen als mit den Worten Bruno Wille: „Die Kunst dem Volke“, ein Sinnpruch, der über den meisten Bühnen unserer Volkstheater steht. Zweifellos sind die Volkstheater auch ihrer inneren Ueberzeugung nach ein Instrument der arbeitenden Klassen. Sie erblicken die Aufgabe der Kunst, geistig auf den Einfluß der Massen einzuwirken und ihnen dabei Werke aufrüttelnden Inhalts zu vermitteln. Als reines Kunstinstitut war die Freie Volkstheater Bewegung eines Geistes, der von der herrschenden Gesellschaftsordnung der Vorkriegszeit als revolutionär angesprochen werden mußte. Schon der gleiche Anspruch in der Verlosung der Plätze sagte deutlich, daß es hier um den Anspruch auf gleiches Recht für jeden an den Kulturgütern der Nation geht.

Es war kein Zweifel, daß die Volkstheaterbewegung in ihren Anfängen sehr schwer zu kämpfen hatte und im wesentlichen auf Berlin beschränkt blieb. Ihre Träger konnten in den neunziger Jahren nur die Fortschrittlichen in den Massen sein, und da nun einmal ein Theater eine bestimmte Grundlage verlangt, war zur Sicherstellung des Unternehmens eine solche Großstadt notwendig.

Die Entwicklung der Volkstheater, die auf der Grundlage der Besucherorganisation eine Theaterpolitik treiben konnte,

setzte sich in dem Bewußtsein durch, daß der Staat auch auf diesem Kulturgebiet dem bisherigen Spiel der Kräfte nicht tatenlos zuschauen dürfe, daß es vielmehr seine Pflicht sei, auch hier einzugreifen und zu helfen, ohne dabei die Selbstverwaltung zu beeinträchtigen. Die 40-Jahr-Feier der Berliner Volkstheater und die 10-Jahr-Feier des Verbandes der deutschen Volkstheatervereine fällt in eine schwere Zeit. Kaum haben die Massen genug zum notdürftigsten Leben und der Staat kämpft um seine Gestaltung und seine Sicherung. Die Zeit des ungeheuren wirtschaftlichen Niedergangs gibt kaum die Möglichkeit, das Geld zum Theaterbesuch aufzubringen. Und doch ist es Aufgabe der Massen, eine Einrichtung zu erhalten, die wie kaum etwas anderes geeignet ist, nicht nur zur Unterhaltung, sondern auch zur Belehrung und Ermunterung des Volkes zu dienen. Volkstheatermitglied sein muß heißen, den Anspruch des Volkes auf alles aus seinen eigenen Tiefen hervorbrechendes und Gestaltendes, auf alles Zukunftsträchtiges, das die deutsche Dramatik hervorbringt, zu vertreten und zu beweisen, daß die allgemeine Meinung der Geistesreichen und Besitzenden, es komme dem Volke nur auf Brot und Spiel an, heute wie damals nur aus tiefster Unkenntnis der echten Bedürfnisse der Massen stammen kann. — Die Schaffung der deutschen Volkstheater hat im Ausland stärksten Anklang gefunden und ist zu einem Beispiel geworden, das vielfach nachgeahmt wird. Das muß uns ermutigen, auch in den Zeiten der Not, der Volkstheater, der Stätte der proletarischen Kunst, die Treue zu wahren. Eine Bewegung, die vor 40 Jahren so stark umstritten war, so klein anfing und sich heute zu einer Organisation, die über eine halbe Million Menschen als Mit-



Die Berliner Volkstheater am Bülowplatz

glieder zählt, aufgeschwungen hat, dokumentiert damit eine Notwendigkeit. Rund 306 Volkstheatervereine bestehen heute in Deutschland und über 100 Volkstheatervereine konnten allein in kleineren Orten ohne Theater gegründet werden mit Hilfe von Wandertheatern. Diese Wandertheater geben die Möglichkeit, auch auf dem Lande echte Kunst zu zeigen.

Die nationale Bewegung der Volkstheater ist anläßlich des 40jährigen Jubiläums der Berliner Volkstheater zur internationalen Bewegung geworden. Am 19. September 1930 wurde eine „Internationale Arbeitsgemeinschaft der Volkstheater“ gegründet. Angeregt durch das deutsche Beispiel und durch Rat und Tat des Deutschen Volkstheaterverbandes unterstützt, sind in zahlreichen außerdeutschen Ländern in den letzten Jahren volkstheaterähnliche Einrichtungen entstanden, die zum Teil schon eine ganz bemerkenswerte Organisationshöhe erreicht haben, wie z. B. in den nordischen Staaten, in Lettland und dem flämischen Teil Belgiens. In Oslo trägt man sich mit dem Plan der Erbauung eines eigenen Theaters, eines Millionenobjektes, das im wesentlichen bereits gesichert ist. Stockholm arbeitet seit Jahren nach deutschem Vorbild, auch bezüglich der Wandertheater, und ähnlich günstig liegen die Verhältnisse in Flandern, Riga, London, Nordamerika, Warschau, Wien, Holland, Estland, Luxemburg usw. Die gleiche Zielstrebigkeit aller dieser Einrichtungen legte den Gedanken internationaler Zusammenarbeit nahe, der nunmehr in der internationalen Vereinigung Form und Gestalt annahm. Die erste internationale Volkstheaterkonferenz fand kürzlich in Berlin statt, bei der der Vorsitzende der deutschen Sektion, Kurt Baake, zum Präsidenten gewählt wurde. Der Sitz der Zentrale ist Berlin.

Die Volkstheater zeigt mit der Propagierung der proletarischen Kunst damit auch international das Ringen um die Befreiung der Arbeiterklassen. Die Massen aufnahmefähig zu machen für die geformte Botschaft des werdenden Volksgeistes, das ist die beschiedene Tat der Volkstheater, das muß auch die Sorge für die Zukunft sein über alle Schwierigkeiten und Hemmnisse unserer Zeit hinweg. Dieses Sinnen und Trachten müssen auch wir unterstützen wo es geht, am besten dadurch, daß wir Mitglieder der Volkstheater werden!

E. F.

Staat und Kunst

Anlässlich der 40-Jahr-Feier der Berliner Volksbühne hielt der preußische Kultusminister Grimme (Sozialdemokrat) einen Vortrag über das vorstehende Thema, dem wir folgendes entnehmen:

So verwirrend die Mannigfaltigkeit der Ansichten unter den Zeitgenossen ist, die Frage, ob es heute in Deutschland noch einen Menschen gibt, der ernsthaft davon überzeugt wäre, daß das Heranbringen der Kulturgüter an die breiten Massen ein revolutionäres Unterfangen sei, diese Frage berührt einen fast schon so hinterwälderisch wie die Doktorfrage aus den Gelehrten-Abhandlungen des 17. Jahrhunderts, ob auch die Frauen eine Seele haben und richtige Menschen seien. Man suchte vor vierzig

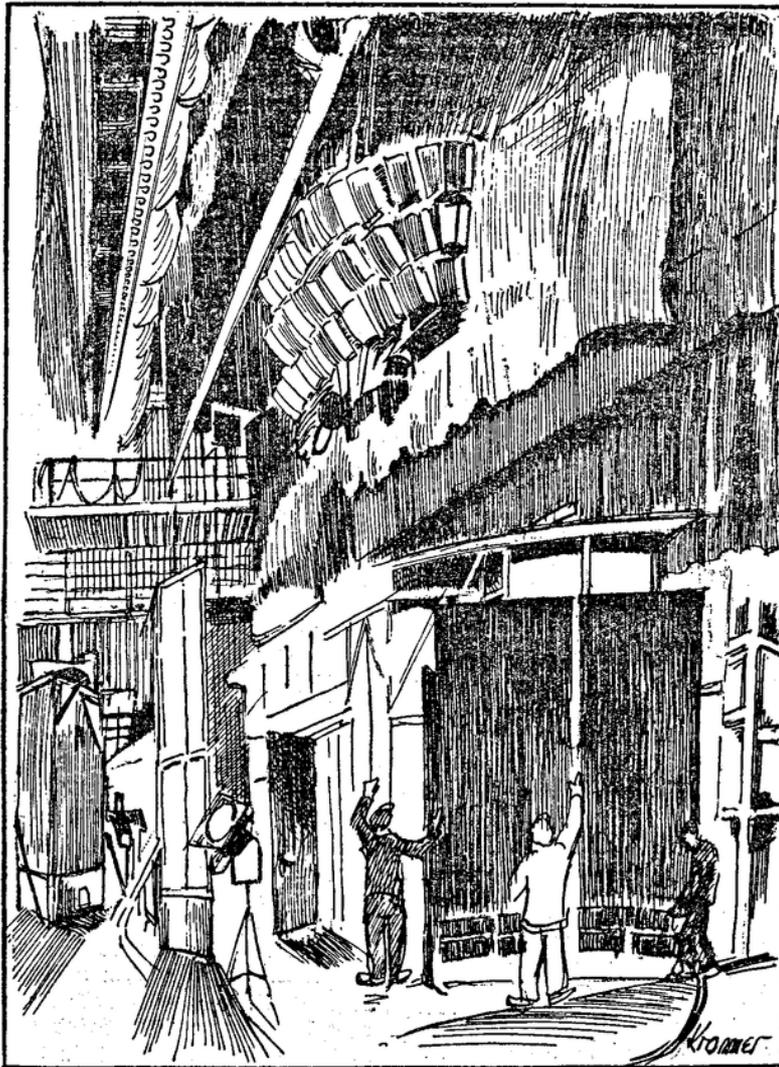
Jahren ein solches Unternehmen wie die Berliner Freie Volksbühne mit den beschämendsten und kleinsten Schikanen zu vereiteln. Keine Erklärung der Vergangenheit aber schafft die Tatsache aus der Welt, daß diese Abneigung gegen die Neugründung ihre letzten Wurzeln hatte in dem unleidlichen Dünkel derer, die schon damals, und ich befürchte auch heute, noch in der Masse den Erbfeind aller Kultur vermuten, anstatt sich in ihrem geistigen und wirtschaftlichen Besitz in der Schuld der Masse zu fühlen und diese Schuld ein wenig dadurch abtragen zu helfen, daß man nach Wegen sucht, wie in das dumpfe Dasein dieser Masse ein wärmender Strahl aus der Welt der geistigen Werte scheinen kann. Daß damals der Staat ein positives Interesse an freier Volksbildung genommen hätte, wer vermöchte das auch nur durch ein Beispiel zu belegen. Interesse war schon da, aber ein sehr negatives; denn wo es sich äußerste, trat es auf in der Gestalt der Pöbelhaube und des Spiegeltums. — Wir haben heute einen anderen Begriff von künstlerischer Zuständigkeit und Urteilsberufenheit und beglückwünschen niemand zu jenem Grad von geistiger Reife, der die Wiederkehr einer solchen Haltung des Staates gegenüber kulturellen Dingen immer noch für sein Sehnsuchtsziel hält. Die politische Entwicklung seit 1918 zeigt — und niemand kann es ableugnen —, daß die Auffassung von Aufgabe und Verpflichtung des Staates im Bereich des Kulturellen eine Wandlung erfahren hat dahin, daß im rechten Staatsbewußtsein auch das Bewußtsein der notwendigen Achtung vor dem lebendigen geistigen Werden der Nation beschlossen liegt.

Zu diesen geistigen Werten gehört in vorderster Reihe die Kunst, die mehr als ein Genußmittel für ein paar Kulturgutschlemmer ist, die vielmehr die stärkste Macht für geistige Volkformung darstellt. Diese Erkenntnis und deren beginnende Verwirklichung ist eine der bedeutendsten des deutschen Volkes der Nachkriegszeit.

Ich möchte sogar meinen, daß diese Achtung vor der Kunst der Staat auch da beweisen sollte, wo er durch das Medium der Kunst Wahrheiten zu hören bekommt, die ihm nicht sehr bequem sind. Zwar ist es richtig, daß die Freiheit, die der Staat der Demokratie gewährt, im Umkreis der Machtbehauptung gegen diese Freiheit selbst nicht eine absolute sein kann; in dem Kampf um die Selbstbehauptung der Freiheit kann auch die Demokratie nicht dulden, daß sich die Freiheit gegen den Bestand der Freiheit

selber wendet. Dagegen muß es auch gegenüber der Haltung des Polizeileutnants von 1890 gesagt sein, daß für den Staat im Bereich der Kunst Duldsamkeit nicht nur am Platze ist, sondern Gebot, Gebot des inneren Wachstums staatlichen Lebens selbst. Denn jeder Staat hat seinem Wesen nach den Hang, sich selbst in dem erreichten Stand der geschichtlichen Entwicklung zu konservieren. Im geraden Gegensatz dazu hat jeder Dichter, wenn er mehr ist als ein Schwelger im ästhetischen Behagen, die Leidenschaft des Revolutionärs in seinen Adern. Besäße er sie nicht, er wäre nicht besessen von dem Zwang, sich in der Kunst ein Instrument zu schaffen, mit dem er Gegenwart in Zukunft treiben möchte.

Ein jeder echte Dichter will, daß die Idee durchstößt zur Wirklichkeit und damit die Gegebenheit der Welt verändert. So ist es nur natürlich und niemals aufzuheben, daß Staat und Kunst in Spannung stehen. Unerträglich wird die Spannung erst, wenn die Bühne abfällt von ihrem eigenen Gesetz, von dem Gesetz der Kunst und eine Stätte wird, auf der sich der ungeformte Kampf um die Macht im Staat genau so, nur mit anderen Akteuren wie im Parlament abspielt. Denn Zeittheater ist die Bühne, wenn sie der Ort ist, wo Staat und Volk aus zeigen die Bedeutung ihres Sinns und die Gestaltung eigenen geheimen Sehns an einem kunstgewordenen Vorgang erschauen und erfahren. Es kommt nicht auf die bloße Wiedergabe des Zeitgeschehens an; vom Wesen ist allein der Atem der Zeit, mit dem der schöpferische Dichter den fliehenden Tagen bleibendes Leben einhaucht. Da muß aber dann auch der Staat die selbstsichere Kraft und die moralische Größe aufbringen, ein Hort der Freiheit zu sein, die diesem Staate selber ins Gewissen redet und ihm einen Spiegel vorhält, der kein Adonisbild zurückwirft. Ein Staat, der befürchten müßte, unter Mit-



Auf der Drehbühne der Berliner Volksbühne

wirkung der echten Dichter seiner Zeit ins Rutschen zu geraten, der also nicht mehr die Mahnung hören könnte, daß er selber wachsen muß, weil er noch nicht vollkommen ist, der würde reif sein, daß er fällt.

Die Bühne, deren 40jährigen Bestand wir heute feiern, weiß aus der Zeit der Gründung um diese Spannung zwischen einem erstarrenden Staat und einer Kunst, die vorstieß in die Wirklichkeit und ihre Zeit vorantrieb über diese ihre Zeit hinaus. Sie hat das große Glück gehabt, gleich an ihrer Wiege Dichter zu sehen, die diese gestaltgebende Kraft der Zeitdeutung besaßen. Gerhart Hauptmann hat seinen „Webern“ jenen heißen Atem der Zeit eingehaucht, der Vergangenheit zur Gegenwart und Gegenwart zu einem Leben, das nicht vergeht, umschmilzt.

Wenn doch der Wunsch Erfüllung würde, daß sich immer wieder der Dichter findet, der den Massen ihr Schicksal deutet und der versteht, daß über alle Tagesfrohn und über alle Existenzkämpfe hinweg ein jeder Mensch „halt a Sehnsucht“ hat, eine Sehnsucht nach einer Welt geistiger Werte und Ideen. Die Zukunft des Staates wird sich nach der Einsicht bestimmen, daß Freiheit künstlerischen Wachstums das diplomatischste Mittel ist, eine Verschmelzung wahrzumachen zwischen Staat und Geist.

Ein Blick hinter die Kulissen der Staatstheater

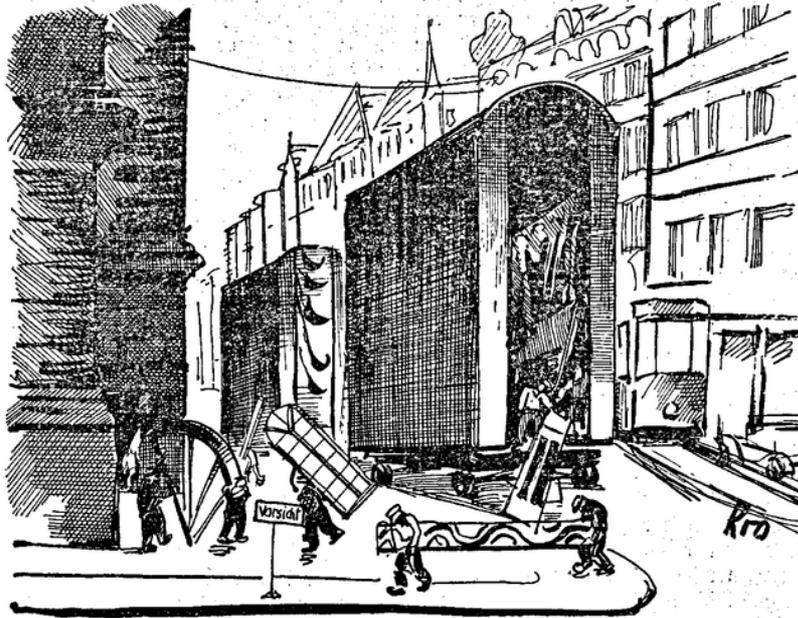
In den Werkstätten der Berliner Staatstheater in der Prinz-Friedrich-Karl-Straße herrscht wieder reges Leben: die Theater-saison hat begonnen. Tag für Tag rollen die Riesenwagen, beladen mit den Dekorationen für die zur Aufführung gelangenden Stücke, von hier zur Staatsoper Unter den Linden, zum Schauspielhaus und zum Schillertheater. Wenn die beiden Riesenwagen, die auf niedrigstem Untergestell ruhen, an der Rückfront des Schauspielhauses am Gendarmenmarkt halten, dann wartet den Passanten eine Tafel zur Vorsicht: denn schon beginnen derbe Arbeiterfäuste den geheimnisvollen Inhalt des acht Meter langen und fünf Meter hohen Wagens ans Tageslicht zu zerren. Was zum Vorschein kommt, sind Illusionen, nichts als Illusionen, die im hellen Tageslicht einen seltsamen Kontrast zum nüchternen Straßentreiben bilden und erst abends auf der Bühne in sinnvoller Zusammenstellung ein stimmungsvolles Bild abgeben. Jetzt aber lehnt eine Rokokozimmerwand neben einem kühn aufstrebenden Felsen an dem grauen

Steinsockel des Schauspielhauses. Buntbemalte Leinwand, mit dünnen Holzstäben versteift, kunstvoll kaschierte Statuen, Portale, Pavillons zeigen neben der gefälligen Vorderseite die illusionslose Rückseite. Durch eine unauffällige Tür werden die Herrlichkeiten zum Fahrstuhlschacht geschafft. Und nun heißt es: rasch den ganzen Zauber auf der Bühne aufgestellt! Für diese Arbeit ist die Bühne in zwei Hälften geteilt: „Berlin“ und „Charlottenburg“. Die eine Arbeitergruppe stellt die Dekorationen auf der „Berliner“, die andere auf der „Charlottenburger“ Seite auf. In kurzer Zeit ist in angestrengtem Wettstreit die Szene aufgebaut. Durchgeschwitzt geht es wieder hinunter ins Freie, um von dem 20 Meter langen „Gardinenwagen“, die aufgerollten Prospekte und Rundhorizonte herbeizuschaffen. Dieser Gardinenwagen wird, wie die anderen Wagen auch, seit einem Jahre von elektrischen Schleppern gezogen. Während der Fahrt dirigiert ein „Steuer-mann“ das rückwärtige Räderpaar um die Straßenecken und Einfahrten. Der Weg zu den Magazinen ist nicht weit. Im Hauptmagazin in der Prinz-Friedrich-Karl-Straße werden die Wagen einfach vom Untergestell weg direkt auf den Aufzug gerollt, steigen bis zu dem Stockwerk hoch, in dem sich die gesuchten Dekorationen befinden, werden beladen und wandern wieder auf die Untergestelle zurück. Durchschnittlich benötigt man drei Fuhrn für eine Vorstellung im Schauspielhaus. „Peer Gynt“ braucht vier Fuhrn, da hier noch das Schiff dazu kommt. Opernvorstellungen bringen es bis auf zwölf Fuhrn. Von den Galerien des Schnürbodens hat man einen einzigartigen Blick auf die technischen Anlagen der modernen Bühne, deren Kompliziertheit den Laien in Verwirrung bringt. Die Bienenwaben hängen die Beleuchtungsanlagen über der Innenfront der Bühne, leuchten in blauen, gelben, roten und orangefarbenem Schein auf, tauchen die Bühne in glühenden Sonnenschein oder in verbämmerndes Abendlicht.

Ein großes, handwerkliches Können gehört zur Bühnenarbeit. Von 1/8 Uhr früh bis 1/4 Uhr nachmittags arbeitet die eine, von 1/4 Uhr bis 1/2 Uhr nachts die andere Schicht. Bei Doppelschicht arbeitet dieselbe Gruppe vier Stunden am Vormittag und vier Stunden nachts. Ueberstunden sind nicht selten, da häufig die bereits aufgestellten Dekorationen im letzten Moment noch überarbeitet und anders plaziert werden müssen. Unfälle waren namentlich in den Nachkriegsjahren häufig, haben aber in letzter Zeit bedeutend nachgelassen. Wünschenswert wäre es, wenn auch die Beamten, die zu 99 Proz. freigewerkschaftlich organisiert sind, in der Entlohnung ebenso gehalten wären, wie ihre Kollegen von der Städtischen Oper. Gerade bei der heutigen kulturellen Mission der Staatstheater sollten diese wichtigen

Helfer für das technische Gelingen der oft sehr komplizierten Inszenierungen auch materiell besser gestellt sein. Im Vergleich mit den fünfstelligen Prominentengagen wirken die Gehälter dieser, dem Publikum stets unsichtbaren, aber auch ihre Verantwortung tragenden Handwerker oft beschämend gering.

Nun noch einen raschen Gang durch die Werkstätten der Staatstheater. Sie liegen nur wenige Minuten von der Staatsoper entfernt, in der Prinz-Friedrich-Karl-Straße. Das Kreischen der Bandsäge und des Maschinenhobels kündigt uns die Tischlerwerkstatt an. Für den modernen Dekorationsbetrieb ist sie ein Faktor von immer steigender Bedeutung, ja zeitweise schienen die „Aufbauten“ überhaupt die gemalte Kulisse verdrängt zu haben. Aus einer wahren Sintflut von Holzlatten, Schalbrettern, Stangen heben sich da und dort fertige Säulenpaare, Stufen, Podeste. Darunter, im Kaschieraal, werden die unglaublichsten Menschen- und Tiergestalten aus Papier und Kleister modelliert. Einen hoch-



Transport von Theaterdekorationen

interessanten Einblick in den Werdegang des Bühnenbildes erhält man in den weitläufigen Malersälen. Sind vom Chef des Ausstattungswezens die auf Pappmodellen farbig skizzierten Bühnenbilder auf einer Miniaturbühnennachbildung ausprobiert, so geht es an die Herstellung der Leinwand, die gewöhnlich in der Größe 10 x 17 Meter aus vorhandenen alten Kulissen zusammengestoppelt wird. Letztere liegen um eine etwa 17 Meter lange Holzlatte gerollt in den zahlreichen Magazinen neben und unter den Malersälen. Schon das Heben einer solchen gerollten Leinwand erfordert eine Anzahl kräftiger Leute. Nun wird die Leinwand auf dem Boden ausgerollt und an den Rändern festgenagelt. Wenn

es notwendig ist, stückeln die Näherinnen noch Leinwandteile in der verlangten Größe mit flinken Stichen an. Die Quadrateinteilung auf der Skizze wird mit Schnur und Kreide ins Große übertragen und die Zeichnung mit Kohle leicht angedeutet. Die fahrbare Palette, ein auf Rädern laufendes Wägelchen von ganz anständigen Ausmaßen, vollbeladen mit Farbtopfen und großen Eimern mit Leimfarbe, wird hereingerollt. In einem Meer von Theaterschwarz oder Diolettack verschwinden frühlinggrüne Wälder, in Gold und Purpur leuchtende Draperien der alten Schule mit ihren sorgsam ausgepinselten Falten, Fältchen und Quasten. Von der unter dem Dach schwebenden Laufbrücke aus übersehen die Maler ihr Werk. Noch glänzt die Leinwand stellenweise feucht und zeigt die Farben um mehrere Nuancen dunkler als dort, wo sie aufgetrocknet sind und den charakteristischen stumpfen Ton der Leimfarben aufweisen. Sind die großen Farbflächen mit Hilfe der langstielligen „Bürsten“ aufgetragen, so wird mit den etwa meterlangen Handpinseln weitergearbeitet. Zum Schluß wird manchmal mit der Farbenspritze, die ähnlich wie eine Gartenspritze funktioniert, ein prinkelnder, monotone Flächen belebender, Uebergang erzielt.

Dem Malersaal geht es über eine Brücke über den drei Stockwerke tiefen Abgrund. In katakombenartigen schier endlosen dunklen „Rumpelkammern“, die ihre bestimmten Nummern tragen und alle in den Hof des Aufzuges münden, lagern friedlich nebeneinander jene seltsamen Gebilde aus Leinwand und Holz, die sich dem Publikum nur von der Vorderseite und immer nur für wenige glanzvolle Stunden zeigen dürfen. Unheimlich stechen unter den meist flachen „Dersetzungen“ abenteuerliche, plastische Gestaltungen hervor. Hier reichen sich die Stile aller Zeiten und aller Völker die Hand. — Geht dann abends vor dem erwartungsvollen Publikum der Vorhang in die Höhe und fesseln neue, eigenartige Dekorationen und Beleuchtungseffekte die Blicke der Menge, so denken die wenigsten an die Unsumme spezialisierter Arbeit, die einem Stück mit neuer Ausstattung vorausgeht. K r o m e r.

Das Leben der Autos

VI. (Schluß.)

Matteotti schrieb wieder einen Artikel. Er hielt in der Abgeordnetenkammer wieder eine Rede. Die Arbeiter stimmten ihm irgendwo halblaut zu. Dumini begriff, daß die Zeit zum Handeln gekommen war. Dumini schreckte vor nichts zurück. Er begann zu überlegen, wie man Matteotti beseitigen könnte. Er beriet sich mit erfahrenen Schwarzhemden. Er bereitete sich für den entscheidenden Tag sorgfältig und mit Konzentration vor, wie seinerzeit Benito Mussolini sich für den Zug nach Rom vorbereitete. Dumini verstand sein Handwerk gut.

Er sitzt da und denkt. Er ist allen Ernstes besorgt: Matteotti hat nicht wenig Anhänger, man kennt ihn auch im Ausland. Die Öffentlichkeit läßt sich hier schwer ausschalten. Plötzlich hellt sich Dumini Gesicht auf — ihm ist etwas eingefallen: es gibt ja Automobile auf der Welt. Zwar preist Mussolini gern die Arbeit des Ackersmannes und die ländliche Poesie. Aber Mussolini ist durchaus kein Feind der Maschinen. Er weiß, daß es ohne die große Industrie kein großes Italien gäbe. In Rom gibt es ein Kolosseum und einen Flugplatz, Antiquitätenläden mit imitierten Altertümern und chemischen Laboratorien, in denen die vervollkommneten Gase hergestellt werden. In Rom hat jedes Ding seinen eigenen Platz. Mussolini verehrt die kapitolinische Wölfin. Er verehrt auch die Fiat-Motore. Wenn Dumini jetzt das Automobil preist, so verfällt er damit keineswegs in Kezerei. Er ist ein rechtgläubiges Schwarzhemd. Dem Urgroßvater hätte man ein Pulver in den Wein schütten müssen, oder man hätte, das Gesicht mit dem Cape verdeckend, sich durch nächtliche Winkelgassen schleichen müssen. Dumini segnet das neue Zeitalter. Erst jetzt begreift er die ganze Schönheit der Gedichte Marinettis. In der Nähe von Rom gibt es nicht wenig öde Gegenden, beispielsweise Quartarella, und Signor Filippelli besitzt ein vorzügliches Automobil.

Signor Filippelli schwenkt zum Zeichen des Einverständnisses beifällig sein rundliches Händchen: Benitos Feinde müssen vernichtet werden! Sein Auto wird von den Nachfahren gepriesen werden wie eine Quadriga des Altertums. Aber selbstverständlich ist er nicht Dumini. Er hat eine saubere Tätigkeit. Er wird das Auto zur Verfügung stellen; er selber wird zu Hause bleiben. Er wird Dumini in der Redaktion erwarten. Er streckt dem Freund die Hand hin, eine zarte, weiße Hand: Glückliche Fahrt!

Das Auto des Signor Filippelli schlängelt sich durch die engen Straßen. In ihm sitzen Dumini und vier der Sache ergebene Faschisten. Einer am Lenkrad. (Den Chauffeur hat man zu Hause lassen müssen: ist er doch ein gewöhnlicher Chauffeur, wer weiß, ob er nicht beim Lesen der Artikel Matteottis beifällig nickt?) Das Auto des Signor Filippelli nähert sich dem Michelangelo-Kai. Hier macht es halt. Es ist ein großes, schönes Auto, rot lackiert, was selbstredend nicht von den politischen Anschauungen des Signor Filippelli, sondern nur von seiner seltenen Lebensfreudigkeit zeugt.

Matteotti arbeitete, ebenso wie Mussolini, trotz der Hitze. Er wollte nächstens für ein paar Tage nach Oesterreich fahren. Man hatte ihm endlich einen Auslandspaß gegeben. Er dachte nach über die Taktik der europäischen Arbeiter. In Deutschland hatte die Revolution verspielt. In Italien ist Mussolini. Aber England erwacht. Matteotti wog die Chancen der Gegner gegeneinander ab. Was bringt der Zusammenschluß der Schwerindustrie mit sich? Welche Rückwirkung wird die gesteigerte Rationalisierung haben? Die Schicksale der Arbeiter der Fiat-Werke schienen ihm eng mit dem Schicksal Europas verknüpft. Seine Gedanken hatten, ebenso wie die Gedanken Mussolinis, nicht auf der schmalen Halbinsel Platz. Er lachte über die Bogen der Triumphatoren. Hatten sich nicht bettelarme Sektierer aus dem verknechteten und ungebildeten Judäa mächtiger erwiesen als diese ehernen Halb-götter?

Matteotti bereitete sich zu einer neuen Rede vor. Er wird zeigen, wohin Mussolini das Land führt... Er schrieb und rauchte dabei eine Zigarette nach der andern. Als er einen Bogen vollgeschrieben hatte, streckte er von neuem, ohne hinzusehen, die Hand nach der Schachtel aus und zuzelte die Stirn: es waren keine Zigaretten mehr drin. Er sagte zu seiner Frau: „Ich komme gleich zurück...“ Eilig schritt er den öden Kai entlang. Er dachte weiter über seine Rede nach. Er muß sich eilen: — wenn noch einige Wochen vergehen, wird Mussolini die Kammer auflösen, die Zeitungen verbieten, allen den Mund stopfen. Uebermorgen wird er die letzten Finanzmaßnahmen der Regierung einer Kritik unterziehen...

Matteotti wurde von ihm unbekanntem Leuten umringt. Sie trugen keine schwarzen Hemden, sondern gewöhnliche Küsterröcke. Sie packten Matteotti schnell und stießen ihn in das rote Auto hinein. Der am Lenkrad Sitzende kannte offenbar den Weg. Er gab Vollgas. Der Motor fauchte vergnügt.

Die seltenen Passanten, die ihnen begegneten, schielten neidisch nach dem vorüberfahrenden Wagen: sie zweifelten nicht daran, daß das rote Automobil glückliche Menschen zur Stadt hinausfahre, wo die Kühle der Berge oder Seewind ist. Das Auto umgab sie mit Hupenschwall und Staub. Melancholisch schüttelten sie ihn ab.

Im Inneren des Autos aber spielte sich ein Kampf ab. Er dauerte nicht lange. Matteotti litt an Schwindelsucht und war sehr gebrechlich. Seine Hand verstand sich wohl darauf, die Feder zu führen, aber keineswegs eine Gurgel zusammenzupressen. Dennoch machte er den Versuch, sich zu wehren. Es gelang ihm sogar, die Türklinke zu ergreifen. Da zog Dumini einen Dolch. Dumini ist nicht Signor Filippelli: er ist ein Meister in allen Dingen. Schreien konnte Matteotti nicht: man hatte ihn sofort geknebelt. Lautlos glitt er auf die Fußmatte. Er besleckte nur die Polster mit Blut. Das Auto mit den glücklichen Ausflüglern raste zur Stadt hinaus.

Da ist auch schon Quartarella! Hier gibt es weder Couristen, noch Passanten, noch Hirten. Nur niedriges Dornengebüsch und Sonne. Schweigend zerren die Männer die Leiche aus dem Wagen, schweigend schleppen sie sie abseits, weiter fort von der Straße. Hier! Sie heben eine Grube aus. Das ist eine erhabene Arbeit, würdig, von Mussolini belobigt und von allen Dichtern der „strapaese“, d. h. des Ländlichen, besungen zu werden: ist sie doch der Arbeit des Ackersmannes verwandt. Aber es ist weit schwieriger, eine Grube zu graben, als einen Menschen abzuschlachten. Die Erde ist dürr, die Erde ist hart, indes die untergehende Sonne immer noch ihre unerträgliche Glut auf die Häupter ausgießt. Die Grube ist schmal und flach. Um die Leiche zu verscharren, knicken die Männer sie zusammen und stampfen auf ihr herum. Sie brechen ihr das Rückgrat. Dann schütteln sie sich krampfhaft und wischen sich die nassen Gesichter.

Das rote Auto rast jetzt den Stadttoren zu. Die glücklichen Menschen haben sattfam ländliche Frische geatmet. Einer nach dem andern verschwinden die Mörder in den engen Gäßchen. Dumini fährt bei der Redaktion des „Corriere Italiano“ vor. Die Reporter und die Stenotypistinnen haben die Redaktion schon lange verlassen, nur Signor Filippelli wartet immer noch auf Dumini. Vor Schwüle und Müdigkeit schwer atmend, erzählt Dumini. Im allgemeinen sei alles gut abgelaufen. Nur das Polster sei beschmutzt worden. Und dann hätten am Kai irgendwelche Frauen gestanden. Sie mögen es vielleicht gemerkt haben... Matteotti habe sich doch gesträubt... Signor Filippelli machte ein mürrisches Gesicht. Die Polster könne man selbstredend säubern. Morgen werde der „Corriere Italiano“ mitteilen, daß Matteotti nach Oesterreich gefahren sei, nachdem er nicht einmal seine Frau benachrichtigt habe. Da sehe man wieder einmal diese sozialistischen Gepflogenheiten! Was aber solle man mit den Augenzeugen anfangen? Die Zeitungen der Opposition sind noch nicht verboten. Diese Schlauköpfe würden womöglich Erkundigungen einziehen. Das Auto müsse man vorläufig verschwinden lassen, und zwar möglichst weit fort.

Signor Filippelli fährt das rote Auto nach einer kleinen Garage. Hier mag es stehen. Vielleicht eine Woche. Vielleicht auch einen Monat. Der Garageninhaber schmunzelt dienstbereit: der Signore hat einen prächtigen Wagen, der Signore wird sicher nicht mit Trinkgeld geizen. Er hat recht: Signor Filippelli ist diesmal sehr freigebig.

Dumini wäscht sich, wechselt das Hemd und begibt sich in ein Café. Er trinkt Limonade.

Wohltuende Nacht hat sich auf Rom herabgesehnt.

Nur in einem hohen, leeren Zimmer arbeitet noch ein Mann. Um ein großes Imperium zu schaffen, genügen nicht die Schwüre der Legionäre, man braucht dazu auch den Export. Italien stellt sich auf die Beine. Die Automobilindustrie beginnt bereits mit Frankreich zu konkurrieren, ja sogar mit Amerika. Befriedigt sieht Mussolini die Zahlenkolonnen durch. Die Arbeiter arbeiten. Die Bürgereintracht siegt.

Rom ist in der Tat schwarz, zart, still. Es gibt in ihm keinen Matteotti mehr. Nur hin und wieder ertönt inmitten der Nacht ein leichter Aufschrei, aber das ist nur das Miauen einer Katze oder das Hupen eines verspäteten Autos.

Der demokratische Freiheitsbegriff

Aus dem Wahlkampf am 14. September sind in erster Linie die politischen Parteien als Sieger hervorgegangen, deren Staatsideal nicht die Demokratie ist. Die Kommunisten als Verehrer und Propagandisten des bolschewistischen Staats- und Wirtschaftssystems und die Nationalsozialisten als Anbeter des Faschismus haben die stärksten Wahlerfolge zu erringen vermocht. Es bedeutet sicherlich keine Beleidigung der Millionen Deutscher, die den Links- und Rechtsextremen durch entsprechende Abgabe des Stimmzettels ihre Sympathien ausgesprochen haben, wenn hier behauptet wird, daß nur ein ganz kleiner Prozentsatz dieser Wähler die politischen und wirtschaftlichen Ziele dieser Gruppen billigen würde, wenn ihnen einmal die Gelegenheit gegeben werden könnte, diese, in der Praxis durchgeführt, kennenzulernen. Die Bevorzugung der radikalen Opposition, die mit Worten am lautesten gegen all das ankämpfte, was die Menschen bedrückt und von niemandem angenehm empfunden wird, war in den überwiegend meisten Fällen bloßer Protest.

Wäre es nicht so, dann hätten sich am 14. September rund 11 Millionen deutsche Wähler (kommunistische und nationalsozialistische Stimmen zusammen) gegen die Freiheitsrechte ausgesprochen, die nur die Demokratie dem Staatsbürger gewährleistet. Als solche seien nur genannt: Die persönliche Freizügigkeit, die Meinungsfreiheit und die Versammlungsfreiheit. Es sei gern zugegeben, daß wir Deutsche von diesen uns heute selbstverständlich gewordenen Grundrechten nicht immer den rechten Gebrauch zu machen wissen. Vielleicht liegt das daran, daß wir als Demokratie noch zu jung sind, denn das uns verfassungsmäßig verbriefteste Recht, in Wort und Schrift die Meinung frei äußern zu dürfen, ist ja vielfach zu einer Schimpflichkeit ausgeartet, und die jeden Ausländer erschreckende Vereinsmeierei ist bestimmt eine ungesunde Uebersteigerung der Koalitionsfreiheit. Aber das sind doch nur Auswüchse, die die freiheitlichen Grundrechte als Kulturfaktoren nicht zu erschüttern vermögen.

Weber im bolschewistischen Rußland noch in den nach faschistischen Methoden regierten Ländern Italien und Polen besteht das Recht der Meinungsfreiheit. Die Presse steht unter scharfer Zensur, und nur das kommt an die Öffentlichkeit, was den jeweiligen politischen Machthabern angenehm ist. Alle Versammlungen stehen unter polizeilicher Kontrolle. Dabei ist den Polizeibehörden aber nicht wie bei uns die Aufgabe übertragen, für eine ordnungsmäßige Abwicklung der Versammlung zu sorgen, sondern die polizeiliche Aufsicht ist denen zugeordnet, die die Versammlung einberufen haben, um ihre Meinung kund zu tun. Ein der Regierung unangenehmes Wort genügt, um den Referenten vom Rednerpult ins Gefängnis wandern zu lassen. Aber nicht nur Redner und Schriftsteller bekommen in den bolschewistischen und faschistischen Staaten Maulkörbe umgehängt, sondern auch alle Privatpersonen. So wird aus Italien folgende Meldung verbreitet:

„Ein italienischer Geschäftsreisender, der im Auftrage einer französischen Firma arbeitete, besuchte einen italienischen Kunden, der wegen der augenblicklichen Krise besondere Zahlungsbedingungen und einen Preisnachlaß verlangte. Der Reisende richtete ein Telegramm an seine Firma nach Frankreich, in dem er die Wünsche des Kunden begründete. Zwei Stunden später wurde er im Hotel von zwei faschistischen Geheimpolizisten verhaftet, die ihn ins Gefängnis brachten. Dort blieb er 56 Stunden, bis

ihm der Polizeikommissar nach strengem Verhör den Rat gab, keine falschen Nachrichten weiter über eine wirtschaftliche Krise in Italien zu verbreiten, wenn er nicht zu einigen Jahren Zwangsarbeit auf den Liparischen Inseln verurteilt werden wollte.“

Ähnliche Vorkommnisse sind in Rußland gang und gäbe. Man scheut in diesen Ländern die öffentliche Kritik an wahren Tatbeständen. Das aber ist nur ein Zeichen innerer Schwäche, nicht, wie die bei uns herumreisenden Agitatoren erzählen, ein Beweis der Stärke.

Man stelle sich vor, die Nationalsozialisten entdecken alle fünf Minuten einen öffentlichen Skandal. In 99 von 100 Fällen sind es freilich ganz plumpe Agitationsklügel, die von ihren Urhebern vor Gericht nie aufrechterhalten werden. Aber daß sich im öffentlichen Leben des Nachkriegsdeutschland auch recht bedauernde Skandale ereignet haben, bestreitet kein vernünftiger Mensch. Die Republik oder das parlamentarische System dafür verantwortlich zu machen, ist allerdings kindisch, denn die Kaiserzeit war in dieser Beziehung bestimmt nicht besser. Nur sind in der Republik die unerfreulichen Vorkommnisse vor aller Öffentlichkeit verhandelt worden. Und gerade die politischen Gruppen, die dabei am meisten mit Unwahrheiten und Geschmacklosigkeiten gearbeitet haben, verbuchten daraus einen ansehnlichen Wählergewinn. Dabei scheint es keinem Menschen aufzufallen, daß gerade diese Parteien, wie sie selbst verkünden, durch Knebelung der öffentlichen Meinung sich davor schützen wollen, daß ähnliches von ihnen ans Tageslicht kommt, wenn sie einmal die Macht im Staate haben. Hier zeigt sich der ganze Widerspruch des politischen Handelns. Man benützt die demokratische Freiheit wohl für sich, um an der Macht bleiben zu können, billigt sie aber den anderen nicht zu. Dieses Gebaren erinnert lebhaft an einen Diskussionsredner, der einer Versammlung gründlich seine Meinung sagt und nach Beendigung seiner Ausführungen den Antrag auf Schluß der Debatte stellt. Das gestattet vernünftigerweise keine Geschäftsordnung. Warum soll es in der Geschäftsordnung der hohen Politik anders sein? Die Herrschaften, die das wollen, haben natürlich ihre Gründe, deren wichtigster ihre innere Schwäche ist.

Noch ein Wort zur persönlichen Freizügigkeit. Auch diese kennt der Faschismus ebensowenig wie der Bolschewismus. Der Arbeitszwang, wie er in Rußland besteht, macht den Menschen zu einer willenlosen Figur auf einem Schachbrett. Frei sind nur noch die wenigen, die sich im Apparat eine herrschende Stellung zu sichern vermochten. Es kann nicht der Wunsch des deutschen Arbeiters sein, vom Sklaven der Maschine zum Sklaven eines Organisationsapparates zu werden. Der wirtschaftliche und soziale Freiheitskampf, den die deutsche Arbeiterchaft schon jahrzehntelang führt, kann nur in der weiteren Erringung demokratischer Rechte bestehen und beendet werden.

Selbstmord ist eine widernatürliche Sache. Sich aller Freiheiten berauben, indem man durch den Stimmzettel politischen Gruppen die Macht in die Hände spielt, die programmgemäß die Unfreiheit aufrichten wollen, wäre aber politischer Selbstmord. Deshalb ist die Stimmabgabe bei der letzten Reichstagswahl für weite Bevölkerungsschichten eine Verirrung gewesen, aus der es, würde das, was oben geschildert worden ist, zur Tat werden, bald ein trauriges Erwachen gäbe. Dogt.

Ab Abschaffung der gewerbsmäßigen Stellenvermittlung

Von den sechs Übereinkommen, welche die erste Internationale Arbeitskonferenz im Jahre 1919 beschloß, bezieht sich eines auf die Arbeitslosigkeit. Artikel 2 verpflichtet die Staaten, die dem Übereinkommen beitreten, öffentliche unentgeltliche Arbeitsnachweise zu errichten, die unter Aufsicht einer Zentralbehörde stehen und in deren Ausschüssen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vertreten sein müssen. Als Ergänzung des Übereinkommens nahm die gleiche Konferenz eine Empfehlung für die Staaten an, die unter anderem wünscht, daß die Errichtung von gewerbsmäßigen Stellennachweisen verboten wird. Die Empfehlungen sollen den Staaten lediglich als Richtlinien für ihre Gesetzgebung dienen, sie schaffen aber nicht bindendes internationales Recht. Aus diesem Grunde hat auch die Empfehlung betreffend die Abschaffung der gewerbsmäßigen Stellenvermittlungen verhältnismäßig geringe praktische Bedeutung. Die deutsche Regierung schlug deshalb vor, das Übereinkommen über die Arbeitslosigkeit

so zu ändern, daß in demselben das Verbot der gewerbsmäßigen Stellenvermittlungen ausgesprochen wird. Im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts wurde bei Erörterung der Angelegenheit darauf hingewiesen, daß die Revision des genannten Übereinkommens nicht unbedingt erforderlich sei, um zu dem von der deutschen Regierung gewünschten Ziel zu kommen. Es wäre einfacher, ein besonderes Übereinkommen zu schaffen, welches die gewerbsmäßigen Arbeitsnachweise verbietet. Der deutsche Regierungsvertreter im Rat stimmte dem zu und zog den Antrag auf Revision des Übereinkommens betreffend die Arbeitslosigkeit zurück.

Einem Beschlusse des Verwaltungsrats entsprechend wurde nun im Internationalen Arbeitsamt eine vergleichende Darstellung ausgearbeitet, die ergibt, daß die gewerbsmäßige Stellenvermittlung in Bulgarien, Finnland, Italien, einigen kanadischen Provinzen, Rumänien und Rußland verboten ist. In Deutschland gilt

das Verbot ab 1. Januar 1931. Stellenvermittlungen, die länger als 10 Jahre alt sind, können bis 1. Januar 1933 bestehen bleiben. In einigen dieser Länder, wie Italien und Rußland, darf von öffentlichen Arbeitsnachweisen eine Vermittlungsgebühr vom Arbeitgeber hinsichtlich der Vermittlung gewisser Kategorien von Arbeitnehmern wie Seeleuten, Angestellten usw. erhoben werden. In Finnland sind Vereinigungen, die nur an ihre Mitglieder Stellen vermitteln, zur Einhebung von Gebühren zwecks Deckung der Kosten berechtigt. Gewerbliche Arbeitsnachweise für Seeleute sind in Australien, Belgien, Griechenland, Norwegen (ab 1934), Polen und Schweden verboten; diese Länder haben das Uebereinkommen von Genua betreffend die Stellenvermittlung für Seeleute ratifiziert. Dem Uebereinkommen sind ferner beigetreten Bulgarien, Deutschland, Estland, Finnland, Italien, Jugoslawien, Kuba, Lettland und Luxemburg, die sich damit zur baldigen Abschaffung der gewerblichen Arbeitsnachweise für Seeleute verpflichteten.

In Polen sind auch entgeltliche Arbeitsnachweise für Hausangestellte verboten.

Fast überall, wo entgeltliche Arbeitsnachweise erlaubt sind, bestehen Gesetze zur Regelung ihres Geschäftsbetriebes. Die Gesetze weichen wohl von Land zu Land bedeutend ab, weisen aber doch gewisse gemeinsame Züge auf. Hierzu gehören das Erfordernis der behördlichen Konzessionierung; die Vorschrift, daß die Räumlichkeiten der Vermittlungsbüros entsprechend sein müssen; daß der Inhaber Sicherheit in bezug auf sittliches Verhalten bieten muß; daß gewisse Arten anderer Geschäfte, namentlich Schank- und Handelsgeschäfte, nicht in Verbindung mit der Stellenvermittlung betrieben werden dürfen. In Oesterreich, Polen und Jugoslawien wird die Konzession nicht erteilt, wenn in dem fraglichen Ort bereits ein öffentlicher Arbeitsnachweis besteht. Die Vermittlungsgebühren werden in manchen Ländern von den Behörden festgesetzt, in anderen bedürfen sie der Genehmigung der Behörden, wieder in anderen besteht dieses Erfordernis nicht.

In den Vereinigten Staaten von Amerika wurde die gesetzliche oder behördliche Festsetzung der Gebühren vom Obersten Gerichtshof verfassungswidrig erklärt. Die Verpflichtung zum Anschlagen der Gebühren in den Büros ist häufig vorgesehen. Die meisten Gesetze enthalten jedoch keine Bestimmung darüber, wer die Gebühren zu zahlen hat. In Frankreich dürfen von den Arbeitnehmern keine Vermittlungsgebühren erhoben werden, in Polen dürfen sie nicht von den Arbeitnehmern allein erhoben werden, in Westaustralien sind sie zu gleichen Teilen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu zahlen. In einigen Gesetzen ist bestimmt, daß Gebühren nur dann erhoben werden dürfen, wenn eine Vermittlung tatsächlich zustande kam. Eine weitere häufige Vorschrift ist, daß ein Ueberschreiten der vorgeschriebenen Gebühren unstatthaft ist. Als Sicherung gegen Mißbräuche ist oft vorgesehen, daß die Stellenvermittler Pfänder, Sicherstellungen usw. nicht annehmen dürfen. Die Vermittler sind fast überall verpflichtet, Aufschreibungen über ihre Vermittlungstätigkeit und sonstige einschlägige Dokumente zur Einsicht der Behörden zu halten. In einigen Ländern haben sie regelmäßige Berichte über ihre Tätigkeit zu erstatten.

In den jüngsten Jahren trat die Neigung zur Abschaffung der gewerblichen Arbeitsnachweise hervor, wozu die zahlreichen Mißbräuche derselben beitrugen. Die gewöhnlichsten Mißbräuche sind Erhebung zu hoher Gebühren, die Zuweisung nicht vorhandener Stellen, die Teilung der Gebühren mit Arbeitgebern oder deren Stellvertretern. In manchen Fällen wurden auch Frauen in sittlich nicht einwandfreie Stellen vermittelt, sei es bewußt oder aus Nachlässigkeit.

Manche Länder, in welchen die gewerbsmäßige Stellenvermittlung noch besteht, haben in jüngster Zeit Maßnahmen zur besseren Beaufsichtigung derselben getroffen (z. B. Frankreich). In Dänemark, Großbritannien, Schweden und Westaustralien wurden in den letzten Jahren Gesetzentwürfe eingebracht, welche die Abschaffung oder strengere Ueberwachung der entgeltlichen Arbeitsnachweise bezwecken.

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes beabsichtigt, die Frage eines Uebereinkommens zur Abschaffung der gewerbsmäßigen Stellenvermittlung auf die Tagesordnung der Internationalen Arbeitskonferenz im Jahre 1932 zu setzen. Bis dahin werden die erforderlichen Vorarbeiten zu erledigen sein.

H. Fehlinger.

Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Die Eröffnung des neuen Reichstags am 13. Oktober vollzog sich in- und außerhalb des Reichstags mit Lärm und Kravall. Die Nationalsozialisten hatten sich im Reichstagsgebäude in die verbotene Hülseruniform geworfen und zogen im Gänsemarsch in den Plenarsitzungssaal. Unterdessen warf eine Hakenkreuzhorde in der Leipziger Straße einer Anzahl großer Geschäftshäuser die Schaufenster ein; dem Warenhaus Wertheim allein 36. Der Schnellrichter verurteilte eine größere Zahl der Fenstereinwerfer mit Gefängnis bis zu 6 Monaten.

Metallarbeiterstreik in Berlin. Durch Urabstimmung in den Betrieben wurde am 13. Oktober mit 90 599 gegen 15 834 Stimmen der Schiedsspruch des Schlichters Wölter abgelehnt. Damit war der Streik erklärt, an dem sich 130 000 Metallarbeiter in 276 Betrieben beteiligten. — Auf sozialdemokratischem Antrag, den Brandes begründete, beschloß der Reichstag am 18. Oktober, „den Reichsarbeitsminister zu ersuchen, den Schiedsspruch im Berliner Metallkonflikt nicht für verbindlich zu erklären“.

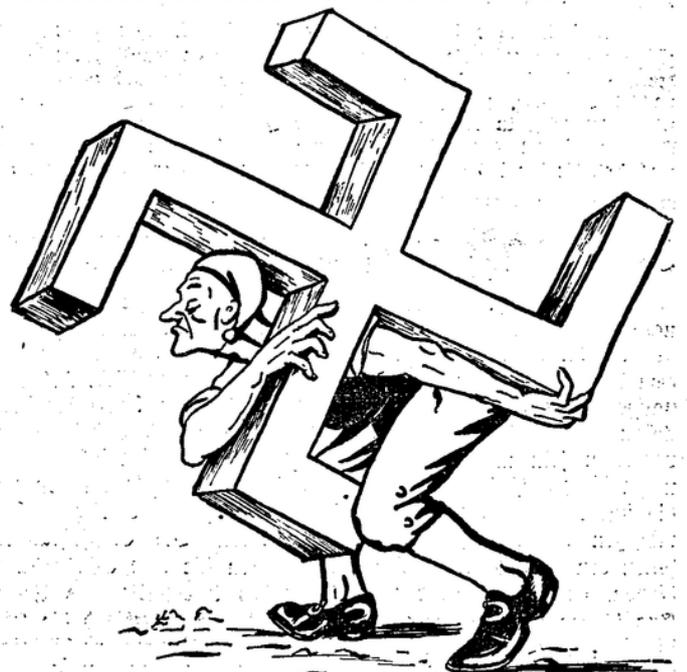
Sieg der Regierung Braun in Landtage. Die Wiedereröffnung des Preussischen Landtages am 14. Oktober wurde eingeleitet mit einer großen politischen Rede des Ministerpräsidenten Braun. Er ging scharf mit den reaktionären und kommunistischen Demagogen ins Gericht. Lehnte die Aufhebung des Hülser- und Hakenkreuzuniformverbotes ab, ebenso die Auflösung des Landtages. Die Debatte darüber hat sich bis zum 16. Oktober hingezogen. Mit 223 gegen 198 Stimmen wurden dann alle Mißtrauensanträge gegen die Regierung Braun abgelehnt.

Löbe wieder Reichstagspräsident. Im zweiten Wahlgang wählte am 15. Oktober der Reichstag seinen bisherigen Präsidenten Löbe mit 269 Stimmen wieder. Der von den Nationalsozialisten als Gegenkandidat präsentierte Führer der Deutschen Volkspartei, Abgeordneter Scholz, erhielt nur 209 Stimmen. Für Löbe stimmten geschlossen die Sozialdemokraten, die Staatspartei, das Zentrum und die Christlichsozialen, außerdem steht fest, daß auch Volksparteiler für Löbe gestimmt haben. Als Vizepräsidenten wurden gewählt Stöhr (Nationalsozialist), Esser (Zentrum) und Graef (Deutschnational).

Der nationalsozialistische Minister Franzen in Braunschweig hat sich der Begünstigung schuldig gemacht. Die Berliner Polizei verhaftete einen Gutbesitzer Gutß, der im Besitze der Freifahrkarte des nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Lohse war. Wider besseres Wissen behauptete Franzen bei der Vernehmung durch die Polizei, daß Gutß der Abgeordnete Lohse sei.

Vorläufiger Sieg der Regierung Brüning. Am 16. Oktober vertrat Reichskanzler Brüning das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung, das eine zweitägige hochdramatische Debatte auslöste. Bei dieser Gelegenheit hielten die sozialdemokratischen Abgeordneten Hermann Müller (der frühere Reichskanzler) und Dr. Hoegner scharfe Abrechnung mit den Nationalsozialisten. Die Debatte ging aus mit der Annahme des Schuldenentlastungsgesetzes (325 gegen 237 Stimmen) und Uebergang zur Tagesordnung über alle Mißtrauensanträge (318 gegen 236 Stimmen). In beiden Fällen stimmte die SPD. mit ja, um die Fortführung der Arbeitslosenversicherung usw. überhaupt zu ermöglichen.

Senkung der Kohlenpreise um 6 Proz. ab 1. Dezember 1930 kündigte Reichskanzler Brüning am 16. Oktober im Reichstage an.



Michel hat sich die Last selbst aufgeladen

Aus Politik und Volkswirtschaft

Reichstag und Berliner Metallarbeiterstreik. Wie an anderer Stelle bereits gesagt, beschloß der Reichstag auf sozialdemokratischen Antrag, den Reichsarbeitsminister zu ersuchen, den Schiedsspruch im Berliner Metallkonflikt nicht für verbindlich zu erklären. Gegen diesen Antrag wandte der frühere Reichsarbeitsminister, Zentrumsabgeordneter Brauns, ein, damit würde die volle Unabhängigkeit der Schlichtungsinstanzen bedroht und den Vorwürfen der Feinde des Schlichtungswesens recht gegeben. Auch der Arbeitsminister müsse als oberster Schlichter vollkommen unabhängig bleiben. Begründet wurde der Antrag durch den Abgeordneten Brandes (Vorsitzender des Deutschen Metallarbeiterverbandes), der dazu folgendes ausführte:

Nach den Berechnungen des Konjunkturforschungsinstituts beträgt der Kaufkraftausfall mindestens eine Milliarde. Dazu kommt noch die Lohnkürzung durch Kurzarbeit. Jede weitere Schwächung der Massenkaukraft verstärkt nur die Krise, um so mehr, als die längst mögliche und notwendige Preislenkung noch nicht zu bemerken ist. Dennoch will das deutsche Unternehmertum und gewisse Behördenstellen das einzige Mittel zur Besserung der Wirtschaftslage in der Lohnsenkung erblicken. Die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung soll nur diesen Lohndruck begünstigen. Sie verlangen amerikanische Arbeitsleistungen von den Arbeitern, wollen aber nichts von amerikanischen Unternehmerleistungen wissen. Der Redner weist auf die Lohnkürzung in den Berliner Ford-Betrieben hin, deren Löhne ohnedies schon fast doppelt so hoch wie die durchschnittlichen Metallarbeiterlöhne sind. Das Lohnabbaustreben der Unternehmer hat der Sonderschlichter für die Berliner Metallindustrie unterstützt; in seinem Schiedsspruch sieht die ganze deutsche Sozialreaktion den Anfang zum allgemeinen Lohnabbau. Geschieht das, dann sinkt die Gesamtlohnsumme um Millionen, dementsprechend sinkt der Absatz der Massengüter, ihre Erzeugung wird eingeschränkt, die Arbeitslosigkeit steigt aus neuer und die schwersten sozialen und politischen Erschütterungen müssen die Folge sein. Darum kann dieser Schiedsspruch nicht für verbindlich erklärt werden. Herr Brauns führt die Unabhängigkeit des Schlichtungswesens ins Feld. Aber hat denn nicht das Regierungsprogramm den Schlichtern die Parole gegeben, die Löhne zu reduzieren? Nicht wir haben also die Selbständigkeit der Schlichter angegriffen, sondern die Regierung hat das getan. Mit Ausnahme des großen Kampfes in der Nordwestgruppe haben die Gewerkschaften den Reichstag nicht in Anspruch genommen, sie führen ihre Kämpfe selbst, aber bei der ungeheuren Bedeutung des vorliegenden Falles nehmen wir ausnahmsweise den Reichstag in Anspruch. Man darf nicht verkennen, daß der Streik der 130 000 Berliner Metallarbeiter nicht, wie die „Bergwerkszeitung“ als Unternehmerorgan behauptet, die Regierung unter Druck setzen soll, sondern ein Warnungssignal für die ungeheure Erbitterung dieser höchst qualifizierten Arbeiter ist, die sich gezwungen sehen, gegen die Bedrohung ihres Lebensstandes zum härtesten Kampfmittel, dem Streik, zu greifen. Wir haben alle Möglichkeiten zur Vermeidung des Kampfes erschöpft. Aber die Arbeiterschaft kann nicht zulassen, daß man sie in dieser Krisenzeit und bei der großen Belastung der Gewerkschaften für widerstandsunfähig hält und ihr derartige Zumutungen macht. Zu der starken Verschlechterung der sozialen Lage der Arbeiter in der letzten Zeit sind noch die Versuche mit den raffiniertesten Mitteln gekommen, die Arbeitsleistung auf das höchste zu steigern. Gerade in den Ländern, gegen deren Industrie die unsrige den heftigsten Konkurrenzkampf zu führen hat, sind die Löhne bedeutend höher als bei uns; in Schweden und Dänemark 1,84 bis 2,20, in England 2,50 bis 3 Mk. die Stunde, in Amerika noch erheblich höher, dagegen ist der Tariflohn der Berliner Metallarbeiter 1,12 Mk. Und da will man noch abbauen! Die Unternehmer haben in den Verhandlungen behauptet, die Rentabilität ihrer Betriebe könne nur durch Lohnabbau hergestellt werden. Das aber findet in den Tatsachen keine Stütze. Die Maschinenbau- und Elektroindustrie hat trotz der Krise ihren Export aufrechterhalten können, was den Hauptkonkurrenzländern England und Amerika nicht gelungen ist. Die Berliner Maschinenbauindustrie hat in den letzten beiden Jahren eine Exportsteigerung um fast 40 Proz. aufzuweisen, die auch im laufenden Jahre aufrechterhalten blieb. Ebenso die Berliner Elektroindustrie, die zu den rentabelsten deutschen Industriezweigen gehört. Hier sind etwa zwei Drittel der Berliner Metallarbeiter beschäftigt. Die Produktion ist von 1925 bis 1929 von 2,4 auf 3,44 Milliarden Mark gestiegen, die Arbeiterzahl aber durchaus gleich geblieben, und in den Großbetrieben sogar herabgesetzt worden. Im Maschinenbau ist die Produktion um 50 Proz. gestiegen, die Arbeiterzahl um 30 Proz. zurückgegangen. Dabei sind die Rohstoffpreise stark vermindert worden. Es wäre also eine Preislenkung ohne Lohnsenkung durchaus möglich, über ihre Notwendigkeit ist ja gar nicht mehr zu sprechen. Nicht kurzfristiger Lohnabbau ist der Weg zur Besserung, sondern ernste Maßnahmen, die man freilich nicht bloß ankündigt, sondern durchführt, um der weiterverarbeitenden Industrie wesentliche Erleichterung zu schaffen. Die Preissetzung des Ruhrkohlenpreises veranlaßt mich, den Reichsarbeitsminister zu fragen, ob etwa der Berliner Schiedsspruch das Vorbild zu einer Herabsetzung der Bergarbeiterlöhne sein soll. Nicht eine Wiedereinstellung Arbeitsloser in den Produktionsprozess, sondern das Gegenteil muß infolge eines Lohnabbaues eintreten.

Aus unserer Bewegung

Jerichow. In der Mitgliederversammlung gab Kollege Hunold den Kassenbericht für das 3. Quartal. Trotz höherer Ausgaben konnte der Kassenbestand erhöht werden. Der Mitgliederbestand beträgt 232. Alsdann sprach Bezirksleiter Wachtendorf über „Wirtschaftskrise und Arbeit“. Eine rege sachliche Diskussion schloß sich dem Vortrag an. Nach Besprechung interner Angelegenheiten wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf unseren Gesamt-Verband geschlossen.

RUNDSCHAU

Ein Sechzigjähriger. Am 24. Oktober begeht unser Kollege Ferdinand Bender seinen sechzigsten Geburtstag. An diesem wichtigen Lebensabschnitt kann unser Jubilar gleichzeitig auf eine mehr als vierzigjährige erfolgreiche Tätigkeit in der Arbeiterbewegung zurückblicken. Bender, der das Schlosserhandwerk erlernte, kam vom Metallarbeiter-Verband, bei dem er ein Jahrzehnt Mitglied war, zu uns. Am 1. Oktober 1901 übertrug ihm der Vorstand des damaligen „Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands“ die Leitung der Derwaltungsstelle Magdeburg. 1907 übernahm er die Leitung der Bezirksleitung in der Rheinland-Westfalen zu übernehmen. Im Jahre 1919 folgte Bender dem Rufe des Verbandsvorstandes, der ihn nach Berlin holte und ihm mit seinem Eintritt in den Vorstand die Führung der Reichsabteilung „Post und Telegraphie“ übertrug. In der Eigenschaft als Reichsabteilungsleiter und Vorstandsmittglied ist Kollege Bender heute noch im Gesamt-Verband tätig. Was unser Jubilar in den vergangenen Jahrzehnten für die Organisation geleistet hat, läßt sich in diesen wenigen Zeilen nicht zum Ausdruck bringen. In Wort und Schrift, am Verhandlungstisch und in Versammlungssaal, unermüdet und in vorbildlicher Pflichterfüllung und mit seltenem Geschick hat Ferdinand Bender für die Interessen der Kollegenschaft und der Organisation ein Menschenalter hindurch gewirkt. — Seine Lebensarbeit gehörte in gleichem Maße auch der Sozialdemokratischen Partei, für die er seit 1901 im Wahlkreise Stendal-Osterburg und seit 1909 im Wahlkreise Anhalt 2 zum Reichstage kandidierte. Im Jahre 1912 wurde Bender zum ersten Male gewählt, und seitdem gehört er ununterbrochen dem Reichstage an. In Ausübung seiner parlamentarischen Tätigkeit widmete sich Bender während der letzten Jahre im besonderen der Vertretung der Beamtschaft und der Reichs- und Staatsarbeiter. Unser Jubilar hat immer mit Temperament und Begeisterung für die großen Ziele der Arbeiterbewegung gekämpft. Der Obrigkeitsstaat hatte aber für diese Begeisterung kein Verständnis, und er schickte Bender wegen „Aufreizung zum Klassenhaß, Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen, Streikvergehen und Polizeibefehldigung“ auf 32 Monate ins Gefängnis. — An seinem sechzigsten Geburtstage, den Kollege Bender in voller geistiger und körperlicher Frische feiern kann, wünschen wir dem Jubilar noch viele Jahre erfolgreichen Wirkens im Dienste der Arbeiterbewegung.

Aufreizung zum Klassenkampf! Beinahe ist es heute wie 1914, wo es so schön hieß: Hier können noch Kriegserklärungen abgegeben werden! Allerorten rüstet nicht der äußere, wohl aber der innere Feind zum Kampf gegen die Arbeiterklasse. Im Westen ist dies besonders zu studieren. Nachdem in der Nordwestgruppe der Eisen- und Stahlindustrie der Lohnabbau um 7½ Proz. durchgeführt ist, im Ruhrbergbau der Abbau um 10 Proz. beantragt, der Kampf durch Schiedsspruch nur um 3 Monate hinausgezögert worden ist, folgen die übrigen Unternehmen der Reihe nach mit ihren Lohnkürzungen. Allein im Verkehrsgewerbe sind zur Stunde sechs Tarifverträge gekündigt zwecks Lohnabbau. Daneben haben die Rheinschiffahrt und ebenso die Binnenschiffahrt für die Westdeutschen Kanäle die Lohn- und Gehaltsabkommen zum Ende Oktober gekündigt. Dabei sind hier die Verdienste von jeher äußerst niedrig gewesen. Für eine Fahrzeit von 12 bis 14 Stunden erhält der Kapitän und Maschinist ein Gehalt von monatlich 234 bis 264 Mk., der Schiffsführer 205 bis 233 Mk., der Dollmatrose 35,40 Mk. je Woche und der Heizer 38,90 Mk. Sämtliche Arbeiter sind infolge des Pendelverkehrs zwischen dem Industriegebiet und der Wasserkante gezwungen, einen doppelten Haushalt zu führen bei den angeführten niedrigen Löhnen. Und trotz dieser doppelten Belastung des Haushaltes sollen die Verdienste noch gekürzt werden. Bemerkenswert ist dabei, daß die maßgebenden Kreise in der Binnenschiffahrt dieselben sind, die den Bergbau und die Metall- und Hüttenindustrie beherrschen. Das ist der klarste Beweis dafür, daß die Unternehmer nicht die

Abicht haben, auch nur die geringste Rücksicht auf die Lebensnotwendigkeiten der Arbeiterschaft zu nehmen, sondern gewillt sind, den deutschen Arbeiter auf die Stufe des chinesischen Kuli herabzudrücken. Arbeiter, du bist gewarnt!

Ein Industrieller für die 44-Stunden-Woche. In der „Frankfurter Zeitung“ hat eine Aussprache über die Verkürzung der Arbeitszeit als Weg zur Milderung der Arbeitslosigkeit stattgefunden. Ein Industrieller, R. C. Gütermann, Gutach im Breisgau, der 2000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt, hat dort den Vorschlag gemacht, die Arbeitszeit allgemein auf 44 Stunden zu ermäßigen und den Unternehmern die Pflicht aufzuerlegen, etwa 10 Proz. Arbeiter und Angestellte neu einzustellen. Er hofft, daß dadurch die Arbeitslosigkeit wesentlich gemildert werden könnte. Alle Unternehmungen, die aus irgendwelchen Gründen nicht in der Lage sind, die Arbeitszeit derartig zu verkürzen, sollen gezwungen sein, die gleiche Summe, die für den Mehrlohn gewährt wurde, als Sonderbeitrag an die Arbeitslosenversicherung abzuführen. Dies würde eine Mehrbelastung von $8\frac{1}{3}$ Proz. ergeben, die von den betreffenden Unternehmern allein getragen würde und nach Meinung Gütermanns der Leistungsfähigkeit der Betriebe keinen Abbruch tun kann. Die verkürzt arbeitenden Betriebe sollen nach diesem Vorschlag zur Arbeitslosenversicherung nur bis zu $3\frac{1}{2}$ Proz. der Lohnsumme herangezogen werden. Gütermann glaubt, daß die Mehrleistung der Unternehmungen mit längerer Arbeitszeit zur Arbeitslosenversicherung die weniger eingehenden Beträge voll ausgleichen würde. Der ADGB ist bekanntlich in seiner Entschlieung zu einem ähnlichen Ergebnis gekommen. Bezüglich der Lohnfrage für die verkürzt Arbeitenden macht Gütermann den Vorschlag, für die 44stündige Arbeit den Lohn zu gewähren, der sonst für 46 Stunden bezahlt wird. Die Arbeiter hätten also mit einer Lohnstrafe in Höhe des Lohnes für zwei Arbeitsstunden zu rechnen. Zweifelloser Meinung, über die bei eventuellen Verhandlungen zwischen Unternehmern und Gewerkschaften eine Einigung erzielt werden könnte. Auf den Einwand, daß ein Betrieb, der bisher 48 Stunden gearbeitet hat und auf die 44-Stunden-Woche übergeht, neue Kapitalinvestitionen zur Vergrößerung der Anlagen notwendig sind, entgegnet der betreffende Industrielle, daß die meisten Betriebe nicht mit 100 Proz. Erzeugungsfähigkeit ausgenutzt sind, auch wenn sie heute 48 Stunden oder mehr arbeiten. „Wenn gesagt wird, daß die Einrichtung einer Doppelschicht mit Schwierigkeiten verknüpft ist, so trifft dies zu; doch ist ohne Ueberwindung von Schwierigkeiten dem Arbeitslosenproblem nicht beizukommen.“ Der Vorschlag eines praktischen Industriellen zeigt, daß es auch bei den Unternehmern Leute gibt, die sich etwas eingehender mit der Frage der Arbeitslosigkeit und deren Behebung beschäftigen. Im großen und ganzen dürften die Vorschläge der Erwägung wert sein, denn sie nähern sich weitgehend den Meinungen, die der ADGB in seiner letzten Bundesausschüßung aufgestellt hat. Wenn die deutsche Unternehmerschaft durchweg aus solchen Leuten bestehen würde, dann wäre es ohne größere Schwierigkeiten möglich, zu einer Verständigung zu kommen.

Wie ausländische Gewerkschafter die deutschen Verhältnisse sehen. Der Ausgang der deutschen Wahlen und die dadurch verursachte katastrophale zugespitzte deutsche Wirtschaftskrise hat im Ausland beinahe eine größere Beachtung gefunden als in Deutschland selbst. Ein Blick in die ausländische Presse beweist dies. Mit großer Sorge schauen namentlich die ausländischen Gewerkschaftsgenossen auf die Entwicklung hierzulande. Die „Schweizerische Metallarbeiter-Zeitung“ bringt in ihrer Nr. 41 einen Artikel unter dem Titel „Was Nationalsozialisten kosten“. Die folgenden Auszüge aus diesem Artikel geben wir zur Charakterisierung der ausländischen Stimmung wieder:

„Man darf sagen, daß Deutschland unter sozialistisch-strefemannscher Außenpolitik in einer geradezu verblüffend kurzen Zeit wieder kreditfähig geworden ist. Die Art und Weise, wie das Ausland die Sünden der Inflation zu vergessen begann, war kaum erwartet, und es schien eine Zeitlang, als ob sich alle in Konzessionen überbieten wollten. So viel Vertrauen haben die Sozialisten im Verein mit Strefemann der Welt einzuslößen vermocht. Dieses Vertrauen, das, so wie die Dinge realpolitisch liegen, das höchste deutsche Altimum und die beste Garantie zur Ueberwindung der Krise war, dieses Vertrauen ist durch die nationalsozialistischen Wahlen und mehr noch durch das Tschelmegehen der Regierung mit den Nationalsozialisten, jäh, sehr jäh, in die Brüche gegangen, und so will heute niemand mehr zu normalen Bedingungen dorthin Geld geben, wo man droht, mit dem Gelde Europa in Brand zu setzen und wo große Parteien versichern, daß für sie alle Verträge wie anno 1914 Papierfetzen seien. Ja, nicht nur ist aus Deutschland Kapital zurückgezogen worden, die Deutschen selber flüchten ihre Kapitalien in vermehrtem Maße ins Ausland. So werden zum Beispiel die Schweizer Banken von deutschen Flüchtlingen direkt überlaufen. (Unsere niederen Schweizer Zinssätze sind zum Teil auf die deutsche Kapitalflucht zurückzuführen.) Den zahlungsmäßig besten Ausdruck der deutschen Vertrauenskrise findet man aber in den Börsennotizen deutscher Aktien und Rentenpapiere. . . Es ist heute einfach nicht möglich, mit deutschen Anleihen vor die Zeichner zu treten. Das mag für Katastrophenhuben etwas Herrliches sein. Verantwortliche Vertreter der Arbeiterschaft müssen sich aber sagen, daß Deutschland ohne Auslandskapitalien nicht auskommt, und daß es deshalb ein Verbrechen an den Interessen der Arbeiter ist, wenn man durch Krafelereien die deutschen

Kredite verteuert und gleichzeitig eine Kreditnot verursacht, die die Arbeitslosigkeit katastrophal vergrößern muß. Von der deutschen Entwicklung hängt auch für die internationale Krise sehr viel ab. Je nach der deutschen Vernunft oder Unvernunft werden wir ein Aufsteigen oder ein Fallen der guten Konjunkturaussichten feststellen müssen. Je nach der deutschen Vernunft oder Unvernunft werden auch wir und alle anderen leiden: Und deshalb ist es im Jahre 1930 nicht mehr wahr, daß jedes Volk das Recht hat, nach seiner Fesseln festig zu werden.“

Daß aus solchen Erscheinungen und Warnungsrufen die Nazis und das übrige Bürgertum lernen und zur Vernunft kommen könnten ist nicht anzunehmen. Die Katastrophenpolitik wird weiter gehen und darum muß die aufgeklärte und organisierte Arbeitnehmerschaft durch eisernen Zusammenhalt und in strengster Disziplin den Abwehrkampf gegen die Reaktion führen, um aus den gegenwärtigen unerträglichen Zuständen herauszukommen.

Reinhold Thomas †

Am Dienstag, dem 14. Oktober 1930, ereilte uns die Trauerkunde vom Ableben des Kollegen Reinhold Thomas. Die Wiege des Verstorbenen stand in Magdeburg. Dort wurde er am 6. Januar 1875 geboren. Frühzeitig mußte Thomas den Ernst des Lebens kennenlernen. Schon als Neunjähriger half er mit für den Unterhalt der sechs unmündigen Geschwister zu sorgen. Nach der Schulentlassung war er als Fuhrmann tätig. Als solcher fand der Neunzehnjährige den Weg zur gewerkschaftlichen Organisation. Bald stand der aufgeweckte junge Arbeiter in den vordersten Reihen der gewerkschaftlichen Kämpfer. Thomas gehörte zu den Teilnehmern des Altenburger Kongresses (1896), also mit zu den Gründern des früheren Deutschen Verkehrsbundes. Im November 1911 berief ihn der Vorstand des damaligen Transportarbeiterverbandes nach Eberfeld. Dort leitete er bis zum Jahre 1913 als Bevollmächtigter die Verwaltungsstelle Eberfeld-Barmen. Nach der Berufung des Kollegen Ferdinand Bender nach Berlin war Reinhold Thomas der gegebene Mann, dem die Nachfolgerschaft für den wichtigen Posten des Gauleiters von Rheinland und Westfalen übertragen werden konnte. — Auf diesem Posten hat der Verstorbene fast zwei Jahrzehnte gewirkt und sein Bestes hergegeben. Thomas kannte keine Rücksicht auf sich und seine Gesundheit. Pflichterfüllung bis zum Äußersten machte den Inhalt seines Lebens aus. Nicht umsonst setzte der Tod diesem Kämpferleben schon mit 55 Jahren ein Ziel. An Thomas Bahre trauern zehntausende Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter des Bezirks Rheinland-Westfalen, denen er Führer und Vorkämpfer für ihren wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg war. Um den Verstorbenen trauert die Sozialdemokratische Partei, für die er leidenschaftlich seit seinem Beitritt im Jahre 1903 gekämpft hat, und der er zehn Jahre lang als Stadtverordneter in Eberfeld diente. — Wir alle trauern um Thomas, weil wir in ihm einen Kollegen verloren haben, dem die Arbeiterbewegung in allen ihren Ueberzeugungssache war, der er mit allen Fasern seines starken Willens anhing. Der treue Kamerad und wackere Kämpfer für die großen Ziele der sozialistischen Arbeiterbewegung — Reinhold Thomas — wird unauslöschlich in unserem Gedächtnis fortleben.

VERBANDSTEIL

Für unsere Ortsverwaltung in Emden suchen wir einen Angestellten. Dieser muß in erster Linie über gute Kenntnisse der Arbeitsverhältnisse in Wasserbaubetrieben und in der Binnenschifffahrt verfügen.

Weitere Bedingung für diesen Posten ist Beherrschung der deutschen Sprache in Wort und Schrift sowie mindestens fünfjährige gewerkschaftliche und politische Organisationszugehörigkeit.

Handschriftliche Bewerbungen sind unter Beifügung einer ausführlichen Arbeit über die Aufgaben eines Gewerkschaftsangestellten bis zum 8. November 1930 an den Verbandsvorstand, Berlin SO 16, Michaelkirchplatz 4, einzureichen.

Der Verbandsvorstand.